

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57, Bülowstr. 21  
Fernsprecher: Amt 9, Nr. 6184  
Redakteur: Heinrich Bürger

Motto:  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Mutterbetriebe sein

Erscheint alle 14 Tage Freitags  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld)  
2 Mk. - Postzeitungslite Nr. 3169

Redaktionschluss: Sonnabend vor dem Erscheinen.

Die Gewerkschaft erscheint in einer Auflage von 20 000 Exemplaren.

## Inhalt.

Der Etat der Berliner Straßenreinigung. — Bremer Brief. — Die Elberfelder städtischen Arbeiter. — Stafienbericht und Abrechnung der Hauptkasse. — Notizen über Sommerferien. — Aus den Gemeinden. — Notizen für Gasarbeiter. — Aus unserer Bewegung. — Verbandssteil. — Briefkasten. — Anzeigen.

## Der Etat der Berliner Straßenreinigung.

Seit geraumer Zeit stehen die Berliner Straßenreiner in einer lebhaften Bewegung, um ihre Lebenslage etwas zu verbessern, und daß sie dabei auf allerhand Widerstände stoßen, ist bei der Zusammenkunft der gesamten städtischen Verwaltung nicht sehr erstaunlich. Aber nicht nur auf dieser Seite liegen Widerstände, sondern selbst in den Reihen der Arbeiter sind sie noch zu überwinden. Da ist in erster Linie der Ortsverein der Berliner Straßenreiner von Ulrich-Dumreicher Centreur. Diese Vereinigung hat ihre Mitglieder jahrelang auf Keilreterei und den Verzicht bestimmter Forderungen ein gedrückt. Wenn man bedenkt, daß im Dienste der Straßenreinigung ohnehin schon die für das Zivilleben gewiß entbehrliche Matrikeldisziplin herrscht, wird man erweisen können, daß die Straßenreiner keine Zeide zu spinnen hatten. Bei dem Mangel einer tatkräftigen Organisation war natürlich auch der Arbeiterauschuß bisher ohne jede praktische Bedeutung, weil ihm eben das Hindarat fehlte. Unter diesen Umständen herrschte denn eine gedrückte und unzufriedene Stimmung vor und nirgends war eine Spur von Zuversicht auf baldige günstige Wendung der Dinge zu erblicken. Dies war denn auch der rechte Stumpfboden, auf dem die Giftpflanzen Speichel-leckerei, alles Schmarobertum und feile Streberei üppig wuchern konnten. Nun aber unter Verband auch unter den Straßenreinigern größeren Anhang gewonnen hat und inselgedessen Selbstbewußtsein und Würde die Grundtöne einer ernsten Bewegung sind, ist auch die Vorbedingung zu einer erfolgreicheren Aktion gegeben. Wir stehen dicht vor der Arbeiterauschlußwahl, die am Montag den 26. Juni d. J. stattfindet. Da werden wir die Mlinge trennen mit unseren Gegnern, die noch immer nicht das Zehnen und das Streben der Arbeitstollegen nach neu zeitlichen Lohn und Arbeitsbedingungen begreifen können. Wir müssen in diesen Tagen diesen eingedem sein, was die kommende Wahl für uns zu bedeuten hat. Wählen wir keine erschiedenen und gut gewertichaltlich organisierte Kollegen, so haben wir wieder jahrelang einen nichtigen ausichtslosen Kleinrieg gegen einen unfähigen Arbeiterauschuß zu führen. Müßern wir deshalb unser Klänge noch einmal und überbliden wir das für uns in Frage kommende Terrain.

Das Studium des Stadthaushaushalts ist für den städtischen Arbeiter allemal interessant; er lernt bei dieser Gelegenheit den Zusammenhang der Dinge besser kennen und gewinnt eine größere Sicherheit in der Beurteilung seiner eigenen Position. Wir haben wiederholt schon auf die Bedeutung der Erörterung dieser Dinge hingewiesen und betont, daß es noch besser wäre, solche Besprechungen vor der Verabschiedung des Etats im Stadtparlamente vorzunehmen. Nun wissen wir, daß die Zeit dazu in der Regel zu knapp zu sein pflegt, und daß man ferner die Wünsche der Arbeiter gern ein Jahr und manchmal noch viel länger lagern läßt, ehe sie den maßgebenden Stellen gemügend gereift sind. Darum ist es schließlich kein Fehler, wenn wir mitten im Jahre aus den Etat näher ansehen, haben wir doch so die Möglichkeit, für die nächstjährige Etatsberatung unsere Wünsche besser zu Gehör zu bringen.

Steigen wir nunmehr in den Spezialetat 12A für die Straßenreinigung und Besprengung, sowie Abladewesen für 1905! Aus den Vorbemerkungen ersehen wir, daß die täglichen Lohnsätze für die Vorarbeiter 1,50 und 4,25 Mk., für die im Hauptdepot beschäftigten Handwerker und Arbeiter 1,50 und 1,75 Mk., für die Arbeiter 1,75, 3,75, 3,50 Mk., und für die 70 jüngsten 3 Mk. betragen. Die letzte Lohnklasse ist zum Zwecke der Probe eingerichtet, und wenn nach einem halben Jahre sich die Brauchbarkeit des Anfängers erwiesen hat, soll er in eine ständige Stelle aufrücken. Wir finden diese Probezeit, die gleichzeitig auch eine strenge Hungerkur bedeutet, etwas reichlich lang bemessen. Ob jemand im Dienste zu gebrauchen ist, wird sich in der Regel schon nach einigen Tagen, mit Sicherheit aber nach einem Monat spätestens herausstellen. Das Aufrücken in die höheren Lohnklassen ist in einer sehr merkwürdigen Weise geregelt. Es wurde schon in diesen Blättern darauf aufmerksam gemacht, daß nicht bestimmte Dienstaterszulagen erfolgen, sondern die Kollegen in den unteren Lohnklassen müssen sich schon in christlicher Geduld fassen und so lange warten, bis die Kollegen der höheren Lohnklassen aus diesem irdischen Jammerthal abberufen werden, oder infolge Invalidität oder sonstiger Umstände ausscheiden. Da kann es denn mitunter neun Jahre und noch länger dauern, bis ein Berliner Straßenreiner den Höchstlohn von 4,-- Mk. erreicht. Befamntlich ist der Straßenreinigungsdienst körperlich sehr anstrengend, so daß schon um Erhaltung der Körperkräfte willen eine bessere Entlohnung durchaus am Plage ist. Für die Arbeitsburden beträgt der Lohnsatz 2,-- bzw. 1,75 Mk. täglich. Die Burden sollen jedesmal zur einen Hälfte der ersten und zur anderen Hälfte der zweiten Lohnklasse angehören. Der Lohnsatz für die Arbeitsburden beträgt 2,00 Mk. täglich. Die gewöhnliche Arbeitsdauer beträgt bei dem Nachtbetriebe 8 Stunden, bei dem Tagesbetriebe für Arbeiter und Arbeitsburden 9 Stunden, bei ungünstiger Witterung und wenn die Arbeitsverhältnisse es sonst notwendig erscheinen lassen, auch etwas mehr. Die Erholungs- und Erfrischungspausen sind in den vorbezeichneten 8 bzw. 9 Stunden nicht enthalten. Die Angaben beziehen sich mithin nur auf wirtliche Arbeitszeit. Dies der amtliche Wortlaut. In Vertiktheit sehen die Dinge nicht so vorteilhaft aus, wie an dem Papier, und wir werden Veranlassung nehmen, demnächst Tatsachenmaterial sprechen zu lassen.

Außer dem Lohn wird dem Personal Bekleidung gewährt, und zwar:

- a) den **Auffsehern** jährlich eine Tuchhose und eine Mütze zum Preise von zusammen 17 Mk., außerdem alle zwei Jahre Heberzieher, Heberrock, Kittel, Vinde, Tuch (Stiefel) Hufe und Drillichhose zum Preise von zusammen etwa 110 Mk., und endlich nach Bedarf etwa von drei zu drei Jahren, ein Regenrock zum Preise von 21 Mk.;
- b) den **Arbeitern** alle acht Monate Drillichrock, Drillichhose, Tuchmütze, Halsbinde, und alle zwölf Monate ein Gummifragen, und für die Wintermonate eine Hose aus englischem Leder, zum Preise von zusammen rund 28 Mk. jährlich;
- c) den **Arbeitsburschen** alle sechs Monate Drillichbluse, Drillichhose, Tuchmütze, Halsbinde, und alle zwölf Monate ein Gummifragen, und für die Wintermonate eine Hose aus englischem Leder zum Preise von zusammen rund 31 Mk. jährlich.

Den Arbeitern war die Dienstkleidung reichlich knapp zugemessen, weswegen sie längere Zeit hindurch für entsprechende Vermehrung eintreten mußten. Die Verwaltung hat endlich infolge der Tätigkeit unseres Verbandes sich dazu verstanden, jedem Arbeiter eine dritte Drillichhose und für den Winter eine zweite englische Lederhose zu liefern, und es steht zu hoffen, daß der geforderte zweite Wochentagsrock bald nachfolgen wird.

Zehen wir uns nun die einzelnen Ausgabenposten an! Für Löhne der ständigen Arbeiter sind ausgeworfen:

a) 67 Vorarbeiter	44,50 Mk.	= 1642,50 Mk.	zusammen 110047,50 Mk.
b) 133 Arbeiter	4,25 "	= 1551,25 "	" 102382,50 "
<b>133 Vorarbeiter.</b>			
c) 324 Arbeiter	4,4 "	= 1460, "	" 473040, "
d) 648 "	4,375 "	= 1398,75 "	" 886950, "
e) 324 "	4,350 "	= 1277,50 "	" 413910, "
f) 70 "	4,3 "	= 1095, "	" 76650, "
<b>1366 Arbeiter.</b>			
g) 214 Arbeitsbursch.	4,2 "	= 730, "	" 178120, "
h) 241 "	4,175 "	= 638,75 "	" 155855, "
<b>488 Arbeitsburschen.</b> Zusammen 2396955, Mk.			

Nachdem die Verwaltung 45000 Mk. absetzt für voraussichtlich weniger zu zahlende Löhne infolge Krankheit zc., wirt sie aber 66000 Mk. wieder aus für Müllarbeiter, für erkrankte Arbeiter zc. Ob dieser Posten tatsächlich in diesem Sinne verwendet wird, dürfte Geheimnis der Verwaltung sein, denn von dem Erlag fehlender Arbeitskräfte merken die Straßencleaner wenig. Ob da ein Mann oder sechs Mann in einer Abteilung fehlen, das ist ganz egal, die Arbeit der Fehlenden muß von den anderen Kollegen mit erledigt werden. Dabei kommt es dann zu außerordentlicher Anstrengung und Ueberirdung der festgelegten Arbeitszeit. Die Direktion verügte auf Antrag des Arbeiterausschusses, die von den Nachtmannschaften nicht fertiggestellte Arbeit, soll von den Tagesposten beendet werden, so, daß die Nachtsolonne pünktlich Feierabend machen kann. Diese Verfügung scheinen verschiedene Aufseher und Vorarbeiter noch nicht zu kennen. Aber diese Herrschaften verschwenden ihre kostbare Zeit an Brandreden, die sie gegen den Verband und den Arbeiter auszusich halten. Wir machen deshalb an dieser Stelle ganz nachdrücklich auf diese Direktionsverfügung aufmerksam und verlangen von allen Beteiligten prompte Nachachtung! Der Vollständigkeit halber bemerken wir, daß die Arbeitgeberbeiträge zur Kranken- und Invalidenversicherung sich auf 28000 Mk. belaufen und schließlich sind noch 1000 Mk. in Ansatz gebracht als Zulage für Manal und sonstige außer gewöhnliche Arbeiten. Mit diesen 1000 Mk. hat es auch so seine eigne Verwendung.

Früher wurde für die außergewöhnlich schwere und schmutzige Arbeit des Baggerers 25 Pf. Zulage bezahlt. Dieser gute Brauch ist zum Nachteil der Arbeiter abgeschafft worden. Dafür erhalten aber die Tagessvorarbeiter und Erdmannen pro Tag 50 Pf. Zulage. Das ist also noch einmal soviel wie es früher für das Baggern gab. Wahrscheinlich nimmt die Verwaltung an, daß die Arbeit der Vorarbeiter und der Erdmannen auch noch einmal so schwer und mühevoll ist wie das Baggern. Hierbei kommt ein Lohn von annähernd 7000 Mk. in Frage, den wir im Etat vergeblich suchen. Wir erlauben uns darum die ergebene Anfrage, warum man den Arbeitern die Baggerzulage genommen hat, wenn man auf der anderen Seite so

von der Notwendigkeit der Zulagen durchdrungen ist. Jedenfalls dürfte hier der neuzuwählende Arbeiterausschuß ein sehr ergiebige Gebiet für seine Verhandlungen finden.

Noch einige interessante Zahlen möchten wir aus dem Etat mitteilen. Die von den Arbeitsburschen täglich zu reinigende Asphaltfläche beträgt z. B. rund 2441500 qm. Nach einem Deputationsbeschlusse soll auf einen Burschen durchschnittlich ein Arbeitsgebiet von 5000 qm entfallen. Zur Haltung von Müllarbeitern für außergewöhnliche Arbeiten sind 150000 Mk. ausgeworfen. Als Depotarbeiter werden beschäftigt 3 Zimmerleute, 4 Schneider und 1 Aufreichter. Jeder von ihnen erhält pro Tag 4,50 Mk. oder 1612,50 Mk. jährlich, außerdem werden noch 2 Arbeiter zu je 1 Mk. Tagelohn beschäftigt. Zu den Bedürfnisanstalten werden 28 Wärterinnen zu je 15 Mk. pro Monat beschäftigt. Für diese Frauen ist eine Zulage für besondere Dienstleistungen und Ueberstunden (insgesamt 300 Mk.) vorgesehen. Wir gönnen selbstredend jedem Menschen sein bißchen Brot, aber wir müssen uns doch wundern, daß man die Ueberstunden der Straßencleaner so rein für nichts ansieht, und man sich gar nicht getraut, auch hier Ueberstunden zu bezahlen. Für den Erlag von Kleidungsstücken für Aufseher sind zusammen 445 Mk. vorgesehen. Desgleichen für Arbeiter, Vorarbeiter und Arbeitsburschen 45178 Mk. Für Manaltiefel, Prust und Mäuschilder, Stützmaterial, verschiedene Ausbesserungen 1500 Mk. Insgesamt werden also für Bekleidung im Etatsjahr verausgabt werden 51123 Mk. Die Zahl der Depots beträgt außer dem Hauptdepot 23, die sich naturgemäß über das ganze Gebiet der Stadt Berlin verteilen.

Die Gesamtausgaben für die Straßencleanung, Sprengung und das Abladewesen betragen 5115610 Mk., dem eine Gesamteinnahme von 133750 Mk. gegenüber steht, so daß die Mehrausgaben der Stadt für Straßencleanung 4981860 Mk. betragen. Es ließen sich noch manche interessante Daten aus dem Etat anführen über die Kosten der Materialien zc., aber wir nehmen in Rücksicht auf unsere Raumverhältnisse davon Abstand.

Neben wir bisher geichen, wie die Verhältnisse des unteren Personals beschaffen sind, so dürfte unsere Leser auch zweifellos interessieren, zu erfahren, wie es mit den mittleren und höheren Beamten bestellt ist. Werfen wir einen Blick in den Personalbesoldungsetat (Spezialetat Nr. 38). Wir finden da 12 Oberaufseherstellen. Anfangsgehalt 2100 Mk., Höchstgehalt 3300 Mk. zu erreichen in 7 Steigungen und zwar nach 2 Jahren 2500 Mk., nach 4 Jahren 2700 Mk., nach 6 Jahren 2850 Mk., nach 8 Jahren 3000 Mk., nach 10 Jahren 3100 Mk., nach 12 Jahren 3200 Mk. und nach 15 Jahren 3300 Mk. Einer von den Oberaufsehern hat noch eine kleine Nebeneinnahme von 400 Mk. durch Hausverwaltung. Sodann finden wir 35 Stellen für Aufseher. Anfangsgehalt 1600 Mk., Höchstgehalt 2200 Mk., zu erreichen vom Tage der Anstellung als Aufseher ab in 5 Steigungen von je drei Jahren, die vier ersten zu je 1500 Mk., die letzte zu 1000 Mk. Außerdem erhalten die Aufseher freie Dienstkleidung. 5 Aufseher haben durch Hausverwaltung Nebeneinnahmen, und zwar 1 600 Mk., 3 je 400 Mk. und 1 300 Mk. Außerdem gibt es noch Zulagen für strafpolizeiliche Aufsicht von 210 Mk. für Oberaufseher und 180 Mk. für Aufseher.

Die Oberaufseher kommen, wenn sie nicht aus der Zahl der Aufseher genommen werden, nach einer Probefristzeit von 6 Monaten angestellt werden (für welche Zeit sie wahrscheinlich etwas mehr als drei Mark täglich erhalten dürften). Werden sie aus der Zahl der Aufseher genommen, bedarf es keiner neuen Probezeit. Infolge der Ernennung eines Assistenten des Direktors ist kein Oberaufseher mehr ständiger Vertreter des Direktors, es ist jedoch beschlossen, dem Oberaufseher, der bisher jene Vertretung gehabt, den Amtscharakter „Inspektor“ zu belassen. Die Aufseher können nach einer Probefristzeit von 6 Monaten angestellt werden.

Der Herr Direktor Schlosky bezieht nun ein Gehalt von 6000 Mk. und außerdem eine pensionsfähige Funktionszulage von 1800 Mk., zusammen also 8400 Mk.

Es fällt uns nun beileibe nicht ein, den Reid oder die Misgunst wachzurufen wegen des erheblichen Abstandes der höheren und mittleren Einkommen gegenüber den niederen. Aber schließlich macht sich doch jeder so seine Gedanken und fragt sich, warum man dem Manne der schwierigen Kunst nicht auch einen auskömmlichen Lohn gewähren mag. 1277,50 Mk.

und 3000 Mk. und mehr pro Jahr ist schon ein bedeutender Unterschied. Wir predigen gewiß nicht die allgemeine Gleichheit und den allgemeinen gleichen Löhnen und Wohnort und wir wissen, daß in jeder wie immer vorteilhaft gearteten Gesellschaftsordnung Unterschiede auch in den Einkommen verhältnissen bestehen werden. Wogegen wir uns aber mit aller Entschiedenheit wenden, ist, daß man einen Menschen desto schlechter bezahlt, je mehr und je unangenehmere Arbeit man ihm zumutet.

Ein altes Sprichwort lautet: „Das Pferd, das den Kaiser verdient, bekommt ihn nicht“ und so ist es auch bei der Strafenreinigung. Es steht aber in der Schrift geschrieben: (N. Buch Moses, Kapitel 21, Vers 1): „Du sollst dem Esen, der da brüht, nicht das Maul verbinden.“ Das möchten unsere Verwaltung und unsere weisen Stadtväter bedenken, daß man bei 1277,50 Mk. Einkommen in Charlottenburg der Fall ist. Familie den Vorkorb höher hängt.

Die Berliner Straßendreiniger erklären sich erst dann einigermaßen zufrieden, wenn die Löhne von 1 Mk. anfänglich, sich jährlich um 20 Pf. erhöhen und bis auf 5 Mk. steigen; für Ueberstunden und Sonntagsarbeit soll 25% Aufschlag gewährt werden, wie dies schon in Charlottenburg der Fall ist.

Dabei ist zu beachten, daß die Lebensmittel nicht teurer werden dürfen, um bei diesen Sätzen die Balance halten zu können. Aber da kommen die Wirkungen des Wucherzollgesetzes immer näher und den Erwerbten der Kommune droht schwere Bedrängnis.

Darum Kollegen ist es notwendig, daß wir uns immer fester um das Banner unserer freiheitlichen Organisation scharen. Wir brauchen große, fröhliche und einheitliche Organisation, die mit Mäßigkeit aber Entschiedenheit unsere Interessen vertritt und bei den bevorstehenden Wahlen zum Arbeiterausschuß ist es Ehrensache eines jeden Berliner Straßendreinigers für die Verbandskandidaten einzutreten. Unsere Parole sei: Nieder mit dem Schmarogertum, hoch die ehrliche Arbeit!

**Bremer Brief.**

„Nord, Süd, Ost, West — Bremen heißt!“ — sagt ein etwas anmaßendes Sprichwort, welches der „tagbare“ (d. h. in Bremen geborene und erzogene Bremer Spießbürger gebraucht. Jedenfalls haben die in Bremischen Regiebetrieben beschäftigten Arbeiter keine Veranlassung, dieses Wort auf ihre Lage anzuwenden. Auch nicht auf das sozialpolitische Verhältnis des ausschlaggebenden Teiles unserer gesellschaftlichen Organisationen und Deputationen trifft es zu und leider auch nicht auf das Arbeiterbewußtsein und daraus resultierende Pflichtbewußtsein sich selbst und ihren Kollegen gegenüber, eines großen, um zu großer Teiles der Bremischen Staatsarbeiter selbst. Wie ist es zu dieser „stimmigen“ Betrachtung kommen? Vielleicht dürfte es die Kollegen im Reich interessieren, einmal etwas über die Verhältnisse der Republik Bremen mit seiner durch und durch liberalen Verwaltung — nur beinahe zwei Tausend Sozialdemokraten haben als „Störenfriede“ in der „Bürgerchaft“ zu hören, vielleicht nimmt sich auch ein Teil der Bremer Kollegen das „Lob“, das ihnen in weiteren Verlauf gesendet werden soll, zu Herzen.

Zu großen Hoffnungen, daß jetzt in Bremen energisch an die Vervollständigung der vom Staate herbeizuführenden Pensionen herangegangen wird, berechtigt uns der Verlauf einer der letzten Bürgerchaftssitzungen. Der Matzellermeister, der nur 5000 Mk. Gehalt und 5000 Mk. anderweitige Einkünfte aus dem Matzweilener hatte, sollte mit 10000 Mk. pensioniert werden. Das ist zu wenig ist, sah auch der Senat ein, und schlug also der Bürgerchaft 7000 Mk. Pension vor. Diese wurden denn auch genehmigt, trotzdem natürlich die Sozialdemokraten meinten, mit 10000 Mk. ließe sich auch auskommen. Am aber später dergleichen vorzubringen, wurde das Gehalt des neuen Matzellermeisters gleich auf 10000 Mk. festgesetzt. Bei solchem Beispiel werden indes die Erwartungen der Arbeiter, über deren Arbeitslohnabnahme schon seit Jahr und Tag in einer ständigen Mission beraten wird, weit übertrieben. Aber, was lange wehrt, wird gut. Das haben auch die bei der Meier-Motorenfabrik beschäftigten Arbeiter erfahren, deren Verhältnisse schon 14 Monate nach Einreichung ihres Gesühdes „acregelt“ wurden. Aber fragt mich nicht wie? Sie sollen ja damit zufrieden sein, die Pensionenwerten, aber das mag daran liegen, daß dort der verheerende Einfluß der Organisation sich noch nicht bemerkbar macht. Auch die Kollegen bei den Gasen und Eisenbahnen haben die Organisationsmacht nicht. Die Verhältnisse dort sind ja so roh wie die Deputationen sind so patetisch für sie, daß, wenn solche Wechselwerke, die schon sehr lang den Teufel der Angelegenheiten auszubewahren in gleicher Weise verleben, um ihre Umstellung petitionieren, nach einem Jahre oder zwei angeht werden! Bei der Straßenreinigung besteht ein

strenges Regiment und militärische Disziplin. Darum kann auch noch nicht einmal der Stof des Inspektors dem größten Teil der dort Beschäftigten die Einsicht von der Notwendigkeit der Organisation einblauen.

Das rechte gewerkschaftliche Leben herrscht noch auf den Wasser- und Erleuchtungswerken (Gaswerk, Wasserwerk und Elektrizitätswerk), wo auch die meisten Mitglieder der hiesigen Filiale beschäftigt sind. Leider sind auch dort noch lange nicht alle organisiert, und denen, die im Verbands sind, kann leider der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie zum großen Teil ihre Pflicht als Gewerkschaftsmitglieder noch nicht erkannt haben. Mit dem Bezahlen der Beiträge allein ist's noch nicht getan, auch die Versammlungen müssen regelmäßig besucht, an sich selbst muß gearbeitet werden, um andere aus ihrer Gleichgültigkeit aufrütteln zu können. Nur so kann den Forderungen, die erhoben werden, Nachdruck verliehen werden, wenn die Vertrauensleute nicht nur das Vertrauen ihrer Kollegen, sondern jene auch das Vertrauen zu dem letzten von diesen haben können, daß sie in ihm einen Rückhalt und Resonanzboden für ihre Handlungen und Worte finden.

Mit dem Sommerurlaub wird es diesen Sommer auch wieder nichts. Zwar will die Bürgerchaft der Sache näher treten, wenn's nur nicht Winter darüber wird.

Auf dem Gaswerk sind Arbeiter überflüssig geworden, weil angeblich Differenzen zwischen der Verwaltung, welche die Erdarbeiten in eigener Regie ausführte, und dem Privatunternehmer, der die Pfasterarbeiten machte, darüber entstanden sind, wer die Schuld an dem nachher „holperig“ werdenden Pfaster hat. Deshalb wurden einfach auch die Erdarbeiten einem Privatunternehmer übergeben. Sah man besser getan hätte, wenn man auch die Pfasterarbeiten in eigene Regie genommen, hätten den Herren von der Deputation nicht einzuleuchten. Oder wollte man so die Straßendreiniger los werden, die Verbesserungen in ihrem Arbeitsverhältnis einschubet wissen wollten, z. B. Verrückung der übermäßigen Arbeitszeit (20-30 Stunden), Bezahlung der Nachtstunden usw.?

Auf dem Elektrizitätswerk waltet ein „neuer Herr“. Der scheint sich noch nicht so recht daran gewöhnen zu können, daß auch die Arbeiter Wünsche zu haben sich erlauben. Am liebsten sähne es ihm zu sein, wenn das ihm unterstellte Werk nach einem Ausnahmefall geleitet werden könnte, denn die von der allgemeinen Deputation für die drei Werke getroffenen Bestimmungen müssen in bezug auf ihre Gültigkeit für das Elektrizitätswerk extra bestätigt werden. Jedoch ist er für die Organisation ein besserer Mutator, als der Inspektor der Straßendreinigung, denn mit Ausnahme von denen, die nicht alle und denen, die nach „etwas“ werden wollen, wenden sich dort die Kollegen mehr und mehr dem Verbands zu. Hier wie auf dem Gaswerk sind es besonders, mit wenigen rühmlichen Ausnahmen, die Handwerker, welche, statt früher zu sein, durch ihren schamhaften Indifferentismus und ihrer Streberei die Demmflöhe bilden. Na, auf dem Gaswerk sind sie auch mit einer schönen, bunten Krone mit großem Schild belohnt worden und das ist doch auch etwas!

Richtl.

**Die Eiberfelder städtischen Arbeiter**

stehen bezüglich ihrer Lohn- und Arbeitsverhältnisse in manderlester Beziehung hinter ihren Kollegen in den Nachbarstädten zurück, eine Tatsache, die teils dem mangelnden sozialpolitischen Verständnis der einzelnen Verwaltungen und deren Aufsichtsorgane im großen Maße, aber auch der Interessenlosigkeit eines großen Teils der Arbeiter selbst zuzuschreiben ist. Es hat den Anschein, als ob hierin jetzt eine Wendung zum Besseren eintreten wolle. Durch rührige Agitationsarbeit ist die Initiative der Arbeiter geweckt worden; hoffen wir, daß der Erfolg nicht ausbleibt.

Als erste treten die Arbeiter des Abfuhrwesens auf den Plan. Zu diesem Betriebe sind etwa 10-15 Leute beschäftigt. Der Tagelohn beträgt 3 Mk., heidend pro Jahr um 10 Pf. bis zum Todtsbetrage von 350 Mk. Die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden. Eine Ertragsverantwortung für Ueberstunden und Sonntagsarbeit gibt's nicht. Die Ueberstunden werden in der Regel zur Reinigung der durch ihre Sauberkeit rühmlichst bekannten Suppen verwendet, jenes Pfusses, dessen Wässer sich in schmutzgrauer Farbe, die von den Abkottungen der unabhägen Kohlenkesseln herabfällt, dem Rhein wäscht. Die Sonntagsarbeit beginnt Samstagabend um 2 Uhr und dauert in der Regel bis morgens 9 Uhr. Es ist auch schon vorgekommen, daß die Leute erst um 11 Uhr nach Hause gehen konnten. Für diese Schicht bezahlt die Verwaltung 250 Mk. Die in die Woche fallenden Feiertage werden abgehoben, was gleichbedeutend mit einer jährlichen Lohnnachbasse von 15-21 Mk. ist. Nach einmündiger Ansprache haben die Arbeiter eine Eingabe an die zuständige Stelle gerichtet, in der sie nachfolgende Forderungen stellten:

1. Bezahlung der in die Woche fallenden Feiertage und Gewährung eines dreiprozentigen Lohnzuschlages für Arbeiten, die an einem der Tage verrichtet werden müssen.
2. Bezahlung der Sonntagsarbeit für eine volle Schicht.
3. Gewährung eines dreiprozentigen Lohnzuschlages für Ueberstunden.

## Einnahmen und Ausgaben der Filialen respektive (1. Januar 1905 bis

Laufende Nummer	Filiale	Bei der Hauptliste eingegangen am	Einnahme																			
			Bestand bei der letzten Abrechnung		Eintrittsgelder für männliche Mitglieder		Eintrittsgelder für weibliche Mitglieder		Wochenbeiträge für männliche Mitglieder		Wochenbeiträge für weibliche Mitglieder		Wochenbeiträge für pensionierte Mitglieder		Telegraphen		Ergänzungen der Filialen		Sonstige Einnahmen		Summe der Einnahme	
			M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.	M.	Pf.
1	Bamberg	10. 4. 05	—	—	43	—	—	—	75	80	—	—	—	—	7	70	—	—	—	—	126	50
2	Barmen	15. 4. 05	11	89	5	—	—	—	250	20	—	—	—	—	10	50	—	—	—	—	277	50
3	Berlin	2. 5. 05	2007	61	243	—	18	—	8061	80	270	30	20	90	308	20	2020	20	453	—	14316	01
4	Brandenburg	18. 4. 05	28	52	1	—	—	—	84	—	—	—	—	—	3	60	—	—	—	—	117	12
5	Bremen	11. 4. 05	456	90	4	50	—	—	516	40	—	—	—	—	17	30	88	90	7	15	1091	15
6	Breslau	12. 4. 05	166	51	73	—	—	—	599	40	—	—	—	—	6	80	160	75	220	30	1226	76
7	Cassel	18. 4. 05	11	83	1	50	—	—	202	60	—	—	—	—	5	80	19	—	18	22	258	95
8	Chemnitz	18. 4. 05	20	11	10	50	—	—	296	80	6	—	—	—	8	60	71	95	3	06	417	02
9	Cöln a. Rh.	4. 6. 05	1	15	15	50	—	—	23	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	40	05
10	Dresden	15. 4. 05	683	66	80	—	1	—	2064	80	9	60	8	30	83	20	519	40	268	64	3713	60
11	Düsseldorf	19. 4. 05	—	—	18	—	—	—	21	20	—	—	—	—	1	50	—	—	—	—	40	70
12	Elberfeld	6. 4. 05	40	43	3	—	—	—	141	60	—	—	—	—	3	10	—	—	2	80	190	93
13	Erfurt	25. 4. 05	08	55	2	50	—	—	197	80	—	—	—	—	4	30	—	—	—	—	213	15
14	Erlangen	10. 5. 05	1	37	2	—	—	—	56	—	—	—	—	—	2	50	—	—	—	—	61	87
15	Frankfurt a. M.	14. 4. 05	319	28	17	—	—	—	491	20	—	—	—	—	31	20	269	60	31	10	1159	38
16	Freiburg i. B.	15. 4. 05	210	31	5	—	—	—	118	40	—	—	—	—	3	50	13	90	31	70	382	81
17	Fürth i. Bayern	22. 4. 05	312	62	0	—	—	—	405	60	—	—	1	10	11	40	100	70	20	65	861	07
18	Gera, N. j. L.	15. 4. 05	37	65	5	50	—	—	73	60	—	—	—	—	4	70	6	70	—	—	128	15
19	Gotha	29. 3. 05	27	77	—	50	—	—	49	20	—	—	—	—	—	90	—	—	2	—	80	37
20	Hörsingen	14. 6. 05	149	43	—	50	—	—	42	60	—	—	—	—	1	70	10	65	—	—	204	88
21	Hörsing	13. 4. 05	57	92	—	—	—	—	25	—	—	—	—	—	1	—	—	—	—	—	83	92
22	Halle	14. 4. 05	148	17	8	50	—	—	155	60	—	—	—	—	6	60	88	90	—	10	357	87
23	Hamburg	2. 5. 05	2364	88	107	—	—	—	4074	20	5	25	—	—	122	30	1020	70	1740	05	9443	38
24	Heidelberg	12. 4. 05	39	16	1	—	—	—	69	—	—	—	—	—	2	70	—	—	12	49	124	35
25	Heilbronn	18. 4. 05	147	30	1	50	—	—	211	—	—	—	—	—	9	90	—	—	—	—	369	70
26	Hofstraße	12. 4. 05	34	39	10	—	—	—	215	40	—	—	—	—	—	—	—	—	5	60	265	39
27	Hiel	15. 4. 05	100	50	20	50	—	—	292	20	—	—	—	—	11	50	271	60	—	—	705	30
28	Leipzig	25. 4. 05	172	85	58	50	—	—	1117	40	—	—	1	—	33	10	—	—	36	55	1410	40
29	Ludwigshafen a. Rh.	18. 4. 05	12	49	3	50	—	—	47	20	—	—	—	—	1	10	—	—	—	—	64	29
30	Magdeburg	18. 4. 05	927	06	33	—	—	—	687	40	—	—	6	—	28	—	27	40	21	06	1729	92
31	Manz	22. 4. 05	344	12	23	50	—	—	717	60	—	—	5	—	20	30	6	20	75	—	1191	72
32	Mannheim	4. 4. 05	545	14	119	50	—	—	616	—	—	—	—	—	12	10	154	—	21	30	1468	04
33	Mühlhausen i. Elsaß	10. 5. 05	14	70	19	50	—	—	340	80	6	90	4	—	7	60	—	—	64	30	457	80
34	München	5. 4. 05	69	91	41	—	—	—	823	40	1	80	1	30	25	70	—	—	—	10	963	21
35	Nürnberg	26. 4. 05	296	36	18	—	—	—	784	20	—	—	—	—	21	—	196	05	24	20	1339	81
36	Offenburg	27. 4. 05	9	58	4	—	—	—	37	40	—	—	—	—	1	90	—	—	—	—	52	88
37	Pforzheim	11. 4. 05	62	92	4	—	—	—	192	60	—	—	—	—	5	10	—	—	—	10	264	72
38	Regensburg	10. 4. 05	—	—	34	—	—	—	36	80	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	70	80
39	Stettin	12. 4. 05	275	96	17	50	—	—	883	—	—	—	1	90	40	10	53	90	7	50	1279	86
40	Strasburg i. Elß.	13. 5. 05	9	26	0	50	—	—	171	20	—	—	—	—	6	40	—	—	—	—	196	36
41	Tuttgart	22. 4. 05	2247	68	46	—	—	—	1584	—	—	—	8	10	66	90	396	—	36	45	4385	13
42	Wiesbaden	8. 4. 05	346	—	54	—	—	—	430	80	—	—	—	—	15	20	6	15	11	60	863	75
43	Würzburg	20. 4. 05	114	18	12	50	—	—	130	20	—	—	—	—	3	10	—	—	—	—	259	38
44	Zwickau	3. 4. 05	26	95	3	—	—	—	68	80	1	05	—	—	1	60	—	—	—	—	102	—
45	Einzelmitglieder	7. 4. 05	—	—	26	—	5	50	295	60	82	35	—	—	16	—	—	—	153	40	578	85
Summe . .			18823	07	1224	50	10	60	27710	20	302	85	52	60	975	70	5461	65	3277	42	52146	40

Anmerkung: Neuerrichtet wurden die

Hoffen wir, daß die Verwaltung des Abfuhrwesens, die als eine Lokale bezeichnet wird, den Wünschen ihrer Arbeiter entgegenkommt. An dem nötigen Nachdruck derselben wird es wohl nicht fehlen.

Im Gegensatz zu den Arbeitsverhältnissen im Gaswerk der angrenzenden Stadt Barmen, in welchem bekanntlich seit 1. April d. J. der Achtstundentag zur Einführung gelangte, besteht im hiesigen Gaswerk noch die tägliche zwölfstündige Schicht und die sonntägliche vier- und zwanzigstündige Wechseltschicht. Zwar verlangten die Arbeiter bereits Mitte März 1904 die Abschaffung des Vier- und zwanzigers, aber ohne sichtlichen Erfolg. Nur die Arbeitsleistung wurde auf die Dauer dieser Schicht um ein Fünftel reduziert und der Lohnzuschlag von 20 Proz. auf 40 Proz. erhöht. Daß man mit solchen „Zugehörigkeiten“ die Arbeiter auch nicht halbwegs befriedigen kann, liegt auf der Hand. In zwei Vesperechungen, in welchen Kollege Heinrich Schäfer-Leipzig die Vorteile der achtstündigen Arbeitszeit für die Schichtarbeiter auch an den zahlreichen Beispielen und mit der Tragik des Selbstverlebens demonstrierte, erklärten sich sämtliche Anwesenden einmütig für die Vorgesetzten im Prinzip für die Forderung auf Einführung des Drei-Schicht-Systems für alle Schichtarbeiter. Eine Kommission von vier Kollegen wurde beauftragt, diese Forderung in geeigneter Form der zuständigen

Stelle vorzutragen. Die Arbeiter hoffen auf eine baldige Erledigung ihrer Sache, die doch selbst einmal der Herr Direktor erklärt: Was Barmen kann, kann Elberfeld sicher auch. Haben einmal die Arbeiter den Herrn Direktor auf ihrer Seite, so wird es wohl ein Leichtes sein, den Leuten auf die Finger zu klopfen, die hinterlistig jeder Forderung der Arbeiter entgegenarbeiten.

Im städtischen Schlacht- und Viehhof sind 21 Mann beschäftigt. Die Schlachthofarbeiter erhalten im Gegensatz zu den Viehhofarbeitern, die einen Tageslohn von nur 3,50 Mk. haben, einen solchen von 3,60 Mk. Jeden sechsten Sonntag hat der Einzelne von 6 Uhr morgens bis abends 7 Uhr Schicht, ohne daß hierfür eine Bezahlung eintritt. Wer aber diese Schicht verfaßt, bekommt einen Tageslohn vom Lohn abgezogen. Die Schichtarbeiter (Maschinenpersonal) erhalten für Sonntagarbeit keinerlei Zuschlag zum Grundlohn, auch ist es bedauerlich, daß die Verwaltung des Schlacht- und Viehhofes einen im Dienst der Stadtgemeinde bereits erkrankten Arbeiter jeden Sonntag arbeiten läßt. Es wäre wohl angebracht, auch diesen Mann einmal des Sonntags ausspannen zu lassen. Ein großer Teil der Arbeiter dieses Betriebes hat sich aus Furcht vor Entlassung, die selbstredend durch nichts begründet ist, bislang der Organisation

## größerer Einzelmitgliedschaften im 1. Quartal 1905. (31. März 1905.)

Ausgabe																Zahl der Mitglieder						
Ver- waltung	Agitation		Unter- stützung aus lokalen Mitteln		Beiträge für das örtliche Gewerkschafts- faktell. und Arbeiter- sekretariat		Bildungs- mittel		Sonstige Ausgaben		An den Verbands- vorstand gehandt		Summe der Ausgabe		Bleibt in der Faktellentasse Bestand		in diesem Quartal	im vorigen Quartal	mehr weniger	Kaufende Nummer		
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.						
6	88	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	99	03	106	01	20	59	77	—	77	—	1
31	67	15	60	—	—	—	—	—	—	—	—	182	30	229	57	48	02	98	01	4	—	2
2003	74	554	15	—	—	226	00	95	89	80	—	6138	96	9909	34	4916	67	4547	4412	135	—	3
14	02	2	60	80	—	—	—	—	—	—	—	06	—	112	62	4	50	41	38	3	—	4
121	85	—	—	100	—	—	—	65	04	—	—	306	07	748	36	842	79	312	314	—	—	5
106	51	110	32	25	—	—	—	—	—	169	57	470	40	956	80	269	96	300	312	48	—	6
50	89	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	154	79	214	68	44	27	89	93	—	—	7
55	23	22	50	—	—	—	—	—	—	—	—	220	97	298	70	118	32	116	131	—	—	8
5	40	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	81	10	36	50	8	55	32	13	19	—	9
875	27	139	57	180	—	—	—	15	75	20	—	1549	33	2779	92	933	68	1020	870	150	—	10
2	30	4	70	—	—	—	—	—	—	—	—	33	63	40	63	—	07	37	—	37	—	11
10	63	13	—	—	—	—	—	5	40	—	—	100	50	129	53	61	40	103	98	5	—	12
15	50	—	—	20	—	—	—	5	50	—	—	98	66	139	66	73	49	61	62	—	—	13
12	30	—	—	—	—	—	—	6	—	—	—	41	84	60	14	1	73	30	28	2	—	14
115	25	16	95	266	70	35	—	—	—	—	—	309	76	883	66	325	72	322	291	31	—	15
22	78	95	72	15	—	—	—	—	—	1	40	87	42	222	32	160	49	78	68	10	—	16
135	90	—	—	5	—	—	—	09	80	—	—	291	92	504	37	356	70	165	149	16	—	17
7	54	7	18	6	70	—	—	8	40	—	—	59	27	89	09	39	06	39	30	9	—	18
1	88	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	34	20	36	08	44	29	21	21	—	—	19
2	45	—	—	10	—	—	—	17	75	—	—	30	60	62	50	142	38	21	20	1	—	20
3	60	—	—	5	—	—	—	84	—	—	—	17	67	44	08	39	84	13	11	2	—	21
35	07	1	60	56	—	—	—	6	90	34	15	119	15	272	87	85	—	81	70	11	—	22
1069	72	266	50	2130	30	229	80	37	50	97	30	2949	13	7710	25	1733	13	2195	2033	162	—	23
8	37	—	—	—	—	—	—	10	—	33	70	49	80	101	87	22	48	37	32	5	—	24
34	12	—	—	5	—	—	—	7	50	—	—	152	06	198	08	171	02	04	103	—	—	25
25	69	19	70	5	60	12	80	—	—	4	50	153	60	221	89	43	50	146	126	20	—	26
54	64	—	—	30	—	28	34	—	—	11	80	235	80	360	58	344	72	153	109	44	—	27
167	12	25	—	60	—	—	—	—	—	23	20	887	50	1112	82	306	58	504	428	76	—	28
2	70	4	50	—	—	—	—	—	—	—	—	36	07	43	27	21	02	32	31	1	—	29
100	11	15	70	80	—	27	40	—	—	6	—	523	47	752	08	977	24	325	274	51	—	30
250	06	—	—	83	—	15	—	—	—	—	—	525	53	878	59	318	13	508	495	13	—	31
164	50	250	75	26	—	44	22	2	60	21	99	542	46	1052	52	415	52	440	187	253	—	32
61	98	48	15	38	65	—	—	—	—	—	—	261	59	410	34	47	46	229	254	—	—	33
119	80	27	—	—	—	63	—	36	10	—	—	617	80	863	70	99	51	493	424	09	—	34
311	15	—	—	—	—	168	17	8	15	79	77	591	80	1124	04	215	77	344	349	—	—	35
5	58	—	—	—	—	3	30	—	—	—	—	30	84	39	72	13	16	22	25	—	—	36
22	88	13	80	—	—	4	80	—	—	15	20	137	60	194	28	70	44	83	94	—	—	37
2	79	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	58	62	61	31	9	49	68	—	68	—	38
134	95	20	60	55	—	98	10	—	—	69	10	647	50	1034	25	245	01	311	296	25	—	39
36	40	—	—	—	—	9	90	—	—	—	—	130	03	176	33	20	03	114	113	1	—	40
853	83	5	—	1012	90	91	35	10	—	—	—	800	—	2273	08	2112	05	882	822	60	—	41
80	19	26	90	50	—	25	70	—	—	11	35	356	60	559	74	304	01	203	190	83	—	42
12	47	9	—	20	—	—	—	3	—	—	—	102	40	146	87	113	11	75	50	25	—	43
20	10	5	60	—	—	—	—	—	—	—	—	51	57	77	27	24	73	29	28	1	—	44
—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	578	85	578	85	—	—	199	158	41	—	45
8574	81	1737	09	4375	85	1309	61	210	80	733	95	20943	06	37885	26	15061	23	15209	13726	1559	75	

Filialen Bamberg, Düsseldorf und Regensburg.

fern gehalten, daher war es nicht möglich, den Mitgliedern auf den Leib zu rufen.

Im allgemeinen steht der soziale Ausbau des Arbeitsvertrages der heiligen Gemeindeglieder voll und ganz in den Minderheiten. Eine Alters- und Hinterbliebenenversicherung besteht zwar, doch ist dieselbe noch sehr verbesserungsbedürftig. Arbeiterauschüsse bestehen in keinem Betriebe. Auch der Erholungsurlaub, wie er bereits in einer ganzen Reihe anderer Städte zur Einführung gelangt ist, ist für die heiligen städtischen Arbeiter unbekannt. Um in diesen Dingen einmal eine Aenderung herbeizuführen, gedankt die Organisation spätestens im Juli eine Bewegung zu inszenieren. Sommerurlaub und Arbeiterauschüsse, so wird dann die Parole heißen. Aufgabe der organisierten Kollegen wird es dann sein, nach Möglichkeit ihre Mitarbeiter für diese Bewegung zu interessieren. Aufklärung tut not!

### Notizen über Sommerferien.

Mitona. Mürzung des Erholungsurlaubs für Gasarbeiter. Der den Gasarbeitern im Spätsommer vorigen Jahres abgebilligte Erholungsurlaub soll jetzt wieder

beschnitten werden. Mehreren Arbeitern, die neuerdings um diesen Sommerurlaub bei der Verwaltung nachsuchten, wurde der Bescheid, die Sache mit dem Urlaub sei anders geregelt worden; es könnten jetzt nur 3 Tage Urlaub gewährt werden. Eine merkwürdige Maßnahme! Im Oktober vorigen Jahres, anlässlich der verwaltungsseitigen Bekanntmachung betr. die Lohnerhöhung für Plagarbeiter, machte die Verwaltung noch die wohlwollend klingende Mitteilung, über den Sommerurlaub würden in diesem Jahre noch bessere gesetzliche Bestimmungen getroffen werden. Und jetzt kommt die Verwaltung her und entzieht den Arbeitern den Urlaub fast ganz wieder. Denn mit einem dreitägigen Urlaub läßt sich nichts anfangen. Wir vermögen denn auch den Gedanken nicht zu fassen, daß die zuständige Verwaltungsbehörde (Kommission für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke) diese famose „Regelung“ herbeigeführt hat. Wahrscheinlich erlaubte sich der Betriebsingenieur Mensch auf Grund eigener illegitimierter Machtvollkommenheit, den fraglichen Bescheid der genannten Behörde zu „regeln“. Für Aufklärung des Sachverhalts wird gesorgt werden.

Miel. Die Stadtkollegen beschloßen am 6. Juni sämtlichen städtischen Arbeitern, die 5 Jahre im Dienst des Gemeinwesens stehen, fortan alljährlich einen Urlaub von 8 Tagen bei fort-

**Abrechnung der Hauptkasse vom 1. Quartal 1905.**

Einnahme:	
An Bestand	85 003,38 Ml.
Eintrittsgeldern	1 244, --
Mitgliederbeiträgen	18 567,36
Delegiertensteuern	975,70
„Die Gewerkschaft“	306,62
Protokollen vom Verbandstag	3, --
Zinsen	114,10
sonstigen Einnahmen	254,35
<b>Summa</b>	<b>50 558,51 Ml.</b>
Ausgabe:	
Für Sterbenunterstützung	1000, -- Ml.
„ Streikunterstützung	600, --
„ Gemahlsregelmunterstützung	620, --
„ Rechtschutz	32,11
Agitation	5 185,50
Beitrag an die Generalkommission	424,20
„ Die Gewerkschaft“	5 520,57
Literatur	110,82
„ Inventar	13,50
persönliche Verwaltungskosten:	
Gehälter	1 880,49 Ml.
Sitzungsgelder	92, --
Veränderungsbeiträge	134,06
<b>Summa</b>	<b>2 110,55</b>
sächliche Verwaltungskosten:	
Drucksachen	681,50 Ml.
Bureauausgaben	98,95
Stempel	12,65
Porto	209,82
Bureauante, Reinigung, Heizung und Beleuchtung	441,26
<b>Summa</b>	<b>1 444,18</b>
sonstige Ausgaben (hierunter 357,15 Mark Verlust)	384,05
<b>Summa</b>	<b>17 587,54 Ml.</b>
Abschluß:	
Einnahme	50 558,51 Ml.
Ausgabe	17 587,54
<b>Reicht Bestand</b>	<b>38 970,97 Ml.</b>

Berlin, den 17. Juni 1905.

G. Ahmann, Hauptkassierer.

Revidiert und für richtig befunden

Die Revisoren

Gustav Mehrwald. Rich. Kießling.

**Zusammenstellung**

**über die Gesamteinnahme und -Ausgabe des Verbandes im 1. Quartal 1905.**

Einnahme:	
Einnahme der Filialen	52 946,40 Ml.
Einnahme des Vorstandes	35 615,15
<b>Summa</b>	<b>88 561,94 Ml.</b>
Ausgabe:	
Ausgabe der Filialen	16 942,20 Ml.
Ausgabe des Vorstandes	17 587,54
<b>Summa</b>	<b>34 529,74 Ml.</b>
Abschluß:	
Gesamteinnahme	88 561,94 Ml.
Gesamtausgabe	34 529,74
<b>Reicht ein Vermögen von</b>	<b>54 032,20 Ml.</b>
Davon in den Filialen	15 061,23 Ml.
Davon in der Hauptkasse	38 970,97

laufendem Jahr zu bewilligen. Nach den angestellten Berechnungen werden dadurch 3000 Ml. Vertretungskosten entstehen.

**Schöneberg Berlin.** Ueber die Gewährung eines Sommerurlaubs an die städtischen Arbeiter hat der Magistrat den Stadtverordneten jetzt eine Vorlage zugehen lassen. Trotzdem gewiß nicht zu wenig Zeit vorhanden war, diese Frage eudgültig zu regeln, haben die Reichskasse der Deputation noch immer nicht Gnade vor den Augen des Magistrats gefunden, indem der Magistrat die ihm gemachten Vorschläge nochmals an die Deputation zurückgegeben hat. Da noch die Erörterung verschiedener, nicht unwesentlicher Punkte erforderlich sei. Nachdem also bis zu den Ferien des Stadtparlamentes die

Sache hingelegen worden ist, werden folgende generelle Vorschläge zur Beschlußfassung vorgelegt:

Die städtischen Arbeiter erhalten Urlaub bei einer Dienstzeit von 3-5 Jahren fünf Tage, von 6-10 Jahren sieben Tage, und über 10 Jahre zehn Tage.

Daß die Verwaltung in der Fürsorge für „ihre“ Arbeiter etwa zu weit gegangen ist, werden die Betroffenen und die unberücksichtigt Gebliebenen wohl nicht zu behaupten wagen. Und daß die Stadtverordneten-Versammlung in ihrer jetzigen Zusammensetzung etwa gar Verbesserungen durchsetzen könnte, dürfte bei der „Mürze der Zeit“ kaum zu erwarten sein.

**Aus den Gemeinden.**

**Altona.** Beschränkung der Freizügigkeit. Das Recht des Wohnens auf nicht altonaischem Gebiet hat die Altonaer Stadtverwaltung für ihre Beamten längst aufgehoben und es wird damit begründet, daß der Beamte hier, wo er sein Gehalt bezieht, auch dem Stadtwesen durch Entrichtung von Steuern usw. wieder Nutzen bringt. Nun geht man auch dazu über, die bei der Stadt beschäftigten Arbeiter zu zwingen, hier zu wohnen, und setzt sich dadurch in Gegensatz zu dem hier sonst herrschenden Prinzip der möglichststen Fernhaltung der Arbeitermassen. Bei den Arbeitern, die bei dem Elektrizitätswerk beschäftigt sind, fängt man damit an. Ein Teil dieser Arbeiter wohnt in Hamburg, weil dort die Steuerverhältnisse für sie günstiger sind und auch die Volksschule den Kindern mehr bietet. Nun mußten sich die betreffenden Leute schriftlich verpflichten, zum 1. Oktober nach Altona zu ziehen, widrigenfalls sie entlassen würden.

**Altonaer Lohnregulierung.** Einem Teile der Arbeiter beim städtischen Bauamt ist eine Lohnerhöhung zuteil geworden. Die Arbeiter des Vermessungsbureaus und der Materialienverwaltung bekommen 30 Pf. pro Tag mehr; ihr Tagelohn beträgt jetzt 3,80 Ml. Schlechter sind die Arbeiter im Zielbetrieb wegekommen, indem ihr Lohn nur um 10 Pf. pro Tag aufgebessert wurde. Ein bißchen mehr als gar nichts! Uns will bedünken, 30 Pf. Zulage hatte auch der Tagelohn der Zielarbeiter noch ganz gut getragen können. Und was würde wohl der tonangebende Mann im Stadtbauamt, der Herr Stadtbaurat Sobohm, dazu sagen, wenn man ihm von Zeit zu Zeit eine Gehaltszulage in dieser Höhe anbieten würde? Er mit einem Jahresdiensteinkommen von 9000 Ml. könnte aber einem solchen Fortschritt immer noch kühleren Mutes zuschauen als die Arbeiter mit ihren geringen Löhnen, die kaum den achten Teil des Gehalts eines Stadtbaurats betragen.

**Dresden.** Zu den schon gemeldeten Lohnregulierungen ist nachzutragen, daß nun auch die Zimmerer des Tiefbauamtes und die Hilfsarbeiter bei den Maurern des Tiefbauamtes eine Zulage erhalten haben. Die Ersteren erhielten 50 Pf. Stundenlohn bisher 46, die Letzteren 30 bisher 37 Pf. Beide Gruppen waren durch die Ausschüsse vorstellig geworden, weil sie bei der allgemeinen Lohnregelung nicht berücksichtigt worden waren. Weniger günstig hat sich die Bewegung zur Abkürzung der 11 stündigen Arbeitszeit der Straßenarbeiter bisher gestaltet. Mit schwerem Herzen nur kann sich, wie es scheint, das Tiefbauamt von dieser heftigen Einrichtung trennen, weil aber die 11 stündige Arbeitszeit nicht mehr zu halten ist, so soll nun endlich zum 1. Juli 1905 ihr Begräbnis stattfinden. Damit aber die Arbeiter nicht viel Freude daran haben, soll nun auch im Winter 10 Stunden, statt bisher 9 Stunden täglich gearbeitet werden. Natürlich aus Gründen ausbleibender Gesundheit! Die Arbeiter haben nämlich Tagelöhne, und da könnten die Arbeiter durch Verkürzung der Arbeitszeit leicht zu ärgert werden. Die Manuarbeiter hatten allerdings bei ihrem Gehalt um Verkürzung der Arbeitszeit keine Lohnforderung gestellt, weil sie sich sagten, die Verkürzung der Arbeitszeit sei ebenfalls eine Verbesserung der Bezahlung. Sie glaubten nicht an das Sprichwort „Weisheit ist eine Bier, doch weiter kommt man ohne ihr.“ Hoffentlich lernen auch die Manuarbeiter und Straßenwärter nun alle einsehen, daß nur gemeinschaftlicher Zusammenhalt zum Ziele führen kann.

**Leipzig.** Beitritt versicherungsberechtigter städtischer Arbeiter und Arbeiterinnen zur Ortskrankenkasse. Mit Zustimmung der Stadtverordneten hat der Rat im Jahre 1885 beschlossen, für diejenigen städtischen Arbeiter, die nach den Bestimmungen des Gesetzes über die Krankenversicherung dem Versicherungszwange unterworfen sind, die Krankenkassenbeiträge, auch soweit sie von den Arbeitern selbst zu entrichten sein würden, auf die Stadtkasse zu übernehmen. Neuerdings hat der Rat nun die Frage erwogen, ob nicht auch die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die nicht krankensicherungs-pflichtig sind, weil einzelne städtische Betriebe nicht als gewerbliche Unternehmen angesehen werden, denen aber die Möglichkeit des freiwilligen Beitritts zur Ortskrankenkasse offen steht, zur freiwilligen Versicherung zu veranlassen und die Beiträge dann auf die Stadtkasse zu übernehmen seien. Diese Frage ist bejaht worden, da es erwünscht ist, auch diesen Personen die den übrigen Arbeitern gewährte Fürsorge für den Fall der Krankheit zuteil werden zu lassen, und demgemäß auch die Beiträge für sie auf die Stadt-

gemeinde zu übernehmen. Notwendig hält der Rat indes die Fürsorge nur für solche von der Stadt voll und ausschließlich beschäftigte Arbeiter und Arbeiterinnen, die verheiratet oder verwitwet sind und für Angehörige zu sorgen haben. Die angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß gegenwärtig nur beim Kranzhaus und beim Hochbauamt Arbeiter und Arbeiterinnen vorhanden sind, die sich freiwillig bei der Erstkrankenklasse versichern können. Durch ihre Versicherung würde ein jährlicher Aufwand von rund 1400 Mk. entstehen. Die übrigen städtischen Verwaltungen beschäftigen nur versicherungspflichtige Arbeiter bzw. Arbeiterinnen. Nachdem nunmehr die hiesige Erstkrankenklasse vom 1. Mai ab die freie ärztliche Behandlung erkrankter Familienmitglieder der Massenmitglieder wieder eingeführt hat, hat der Rat beschlossen, alle von der Stadt voll und ausschließlich beschäftigten versicherungsberechtigten städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen, die verheiratet oder verwitwet sind und für Angehörige zu sorgen haben, zum Beitritt zur Erstkrankenklasse zu veranlassen und die Krankentassenbeiträge auf die Stadtasse zu übernehmen.

**Anrechnung von Hilfsarbeiterdienstjahren bei Pensionierung von Beamten.** Bei Einverleibung der Vororte wurde für alle dort beschäftigten Hilfsarbeiter usw. als Anfangstermin für die Berechnung der pensionsfähigen Dienstzeit die Volljährigkeit, also die Vollendung des 21. Lebensjahres, festgelegt, denn bei den Unterschieden, die in den Vorschriften der einzelnen Gemeinden bestanden, war ein anderer Ausweg nicht möglich. Gegenüber dieser Bestimmung haben sich die Mangel- und Straßenbeamten Alt Leipzigs bisher im Nachteil befunden, da sie erst, nachdem sie eine Reihe von Jahren als Hilfsarbeiter verwendet waren, eine pensionsfähige Anstellung erhielten. Am Durchschnitt hatten sie bis dahin ein Alter von 27 Jahren erreicht. Wiederholt haben deshalb die betreffenden Beamten darum gebeten, daß sie hinsichtlich der Berechnung der pensionsfähigen Dienstjahre ihren aus den Vororten übernommenen Kollegen gleichgestellt werden möchten. Vom Rats ist jetzt beschlossen worden, diesem Gesuche zu willfahren und denjenigen Beamten, die zur Zeit der letzten Einverleibung (1. Januar 1902) als Mangel- oder Straßenbeamte im städtischen Dienste gestanden haben, die nach Vollendung des 21. Lebensjahres im städtischen Dienste verbrachte Zeit für die Pensionierung angerechnen. Hieron werden, wie bemerkt sei, im ganzen 111 Beamte betroffen. Dieser Beschluß soll auch allen Beamten zu gute kommen, die inzwischen schon in den Ruhestand getreten sind. Der hierdurch entstehende Mehraufwand wird jährlich 912,50 Mk. betragen. Das städtische Arbeiter anbelangt, so soll die in einverleibten Vororten verbrachte Dienstzeit als der Stadt Leipzig geleistet bei der Ruhestandsunterstützung mit in Anrechnung kommen.

**Spandau.** Die Einführung obligatorischer Arbeiterausschüsse für Kommunalarbeiter wurde durch Annahme eines darauf hinausgehenden Antrages von den Spandauer Stadtverordneten gutgeheißen. Der Magistrat beämpfte den Antrag mit dem Hinweis, daß nur rund 100 Arbeiter im städtischen Betriebe beschäftigt würden.

**Zur Frage der Regelung der Gemeindeangestellten.** Ein Bureaugehilfe mit guter Handschrift, der einige Jahre in der Verwaltung tätig ist, wird vom Bürgermeister in Abwindeln gegen eine monatliche Vergütung von 40 Mk. gesucht. Ein Stattenbeamter in Seidenberg erhält 100 Mk. Gehalt jährlich. Die Stelle des Gemeinde-Massenrendanten in Bad Schmiedebau am Rhein ist mit einem Gehalt von 500 Mk. ausgeschrieben. Der Rendant muß 3000 bis 5000 Mk. Maution stellen. Bei solchen Gehaltsverhältnissen dürfte es doch endlich an der Zeit sein, daß die Kommunalverwaltungsbehörden dieser Angelegenheit mehr wie bisher ihre Aufmerksamkeit zuwenden.

**Wohnungsgeldausfluß der Beamten der Stadt Düsseldorf.** Der Ausschluß für die Regelung der Beamten Wohnungsgeldfrage hat beschlossen, für Mittwoch, den 21. Juni, in dem Hofsaal der städtischen Tonhalle eine allgemeine Versammlung sämtlicher Beamten und Unterbeamten der Stadt Düsseldorf einzuberufen. Es wird beabsichtigt, in dieser Versammlung nach einem ausführlichen Referat mit nachfolgender Besprechung der für alle Beamten mittelbar auch für die Privat- und städtischen Beamten — so wichtigen Frage eine Resolution zur Annahme vorzulegen, in der die Wünsche der Beamten und Unterbeamten auf eine baldige befriedigende Regelung zum Ausdruck gebracht werden sollen. Die Resolution soll demnächst in Verbindung mit einer Denkschrift der Staatsbehörde unterbreitet werden. In der Denkschrift werden alle Gesichtspunkte, die eine Erhöhung des Wohnungsgeldausflusses rechtfertigen (hohe Mietpreise, teure Lebenshaltung, Erhöhung des Wohnungsgeldes der Lehrer usw. in Düsseldorf) eingehend erörtert werden.

**Dastpflicht der Gemeinde für mangelhafte Instruktion ihrer Beamten.** Den Polizeibeamten der Stadtgemeinde M. Gladbach wurde von dem Oberbürgermeister der Auftrag erteilt worden, die zur Straßenbeleuchtung angestellten elektrischen Lampen regelmäßig einzuschalten. Ein Polizei-Sergeant dast, welcher bei dieser Veranstaltung am 1. Oktober 1902 einen heftigen elektrischen Schlag erlitten hatte, infolgedessen er dauernd gelähmt und arbeitsunfähig

wurde, hat gegen die Stadtgemeinde M. Gladbach auf Zahlung von 25 000 Mk. sowie Erstattung seiner Auslagen Klage erhoben. Das Landgericht zu Düsseldorf erklärte die besagte Stadtgemeinde für verpflichtet, dem Kläger den Schaden zu ersetzen, welcher ihm durch den beim Einschalten der elektrischen Lampen in der Festungstraße erlittenen Unfall entstanden ist. Die gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde von dem 4. Zivilsenat des Kölner Oberlandesgerichts vom 17. Mai d. J. hauptsächlich mit folgender Begründung zurückgewiesen: Wenn Personen, bei welchen eine besondere Kenntnis in bezug auf Handhabung elektrischer Einrichtungen nicht vorausgesetzt werden konnte, ein Auftrag zu einer solchen Handhabung, mit der, wie von dem Sachverständigen bestätigt wird, auch als allgemein bekannt gelten darf, eine Gefahr verbunden ist, erteilt wurde, so erfordert es die im Verlehe erforderliche Sorgfalt, daß sie auch besonders instruiert wurden.

**Notizen für Gasarbeiter.**

**Berlin.** Die Gasarbeiter sämtlicher Betriebe hielten am 21. Mai in den Armnhallen, Kommandantenstraße 20, eine Versammlung ab, die vom Zentralverband städtischer Arbeiter einberufen worden war. Reichstags-Abgeordneter Emanuel Wurm (Mitglied der städtischen Gasdeputation) referierte über die hygienische und soziale Bedeutung des Achtstundentages und der Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt. Er bewies die Notwendigkeit einer kurzen Arbeitszeit für die Gasarbeiter. Die Arbeit in den Gasbetrieben sei so schädlich, daß die Arbeitszeit der Gasarbeiter kurzer sein müsse, wie die mancher anderen Arbeiter. Mit Rücksicht darauf könnte vom Bundesrat ein gesetzliches Eingreifen gemäß § 120e der Gewerbe-Ordnung gefordert werden. Darauf dürfe man aber nicht zu große Hoffnungen setzen, man brauche bloß an die „sanitäre“ Maximalarbeitszeit der Päder von zwölf Stunden und der Mühlenarbeiter von vierzehn Stunden denken. Einen wirklichen sanitären Arbeitstag könnten die städtischen Gasarbeiter nur erreichen, wenn sie sich organisierten und eine Macht bildeten, wie andere Arbeiter auch. Die städtischen Behörden gingen den Arbeitern gegenüber von denselben Grundfragen aus, wie die Privatunternehmer. Die sozialdemokratischen Stadtverordneten unterstützten jedwede der Forderungen der Arbeiter, aber alles werde nicht durchgreifen, wenn nicht die städtischen Arbeiter selber eine festgeschlossene Macht bildeten.

Zur Frage, wie die Achtstundentagsbewegung der städtischen Gasarbeiter fortzuführen sei, sprach dann der Ortssekretär E. Tiltner. Er trat besonders für Schaffung eines Kampffonds und für die Stärkung der Organisation ein, damit im nächsten Jahre wegen der Verkürzung der Arbeitszeit vorgegangen werden könne, und schloß schließlich seine Ausführungen in folgenden Resolutionen zusammen:

**I.**

Nachdem in acht öffentlichen Betriebsversammlungen zirka 1700 Gasarbeiter einmütig dokumentiert haben, daß sie die Einführung des Achtstundentages für Handwerker, sowie des Neunstundentages für Sandwerker, Holzarbeiter usw. als eine Notwendigkeit betrachten, ersuchen die heute in den Armnhallen zahlreich versammelten organisierten Gasarbeiter sämtlicher Betriebe der Stadt Berlin den wohlhbl. Magistrat und das Stadtverordneten-Kollegium, baldmöglichst den Achtstundentag für Betriebsarbeiter (unter Verbeibaltung des bisherigen Systems 1 Stunde Arbeit, 1 Stunde Pause), sowie den Neunstundentag für alle Sandwerker, Holzarbeiter usw. zur Einführung zu bringen.

Die Tatsache, daß bereits Bremen, Arefeld, Fürth, Königsberg, Mainz, Essenbach, Chemnitz, Mannheim, Stuttgart und Varmen den Achtstundentag eingeführt haben, beweist, daß die größte Kommune Deutschlands mit ihren sechs Millionen Ueberflus in Gas-Etat sehr wohl in der Lage ist, die schwere, aufreibende Arbeit im Innenbetrieb durch Verkürzung der Arbeitszeit zu erleichtern und damit den hygienischen Anforderungen Rechnung zu tragen.

Die Versammelten sind ferner der Ansicht, daß die Stadt Berlin nicht erst abwarten sollte, bis vielleicht durch Bundesratsbestimmungen oder Gesetzesvorlagen der Achtstundentag in den Gasbetrieben eingeführt werden muß, sondern daß unsere Kommune vorgehen sollte in der Durchföhrung sozialpolitischer Maßnahmen, wie sie durch die beschwerliche Tätigkeit im Gasbetriebe unbedingt notwendig sind.

In dieser Erwägung beauftragt die Versammlung das Ortsbureau, vorstehende Resolution dem Magistrat sowie den Stadtverordneten zu übermitteln, ferner werden alle Arbeiterausschüßmitglieder der Innenbetriebe ersucht, demnächst eine Ausschüßsitzung zu beantragen mit der Tagesordnung: Die Einführung des Acht- resp. Neunstundentages in den Gasbetrieben.

**II.**

In weiterer Erwägung, daß die Einführung des Acht- resp. Neunstundentages wie schon vor einigen Jahren von den städtischen Behörden abgelehnt werden könnte, beschließt die Versammlung, nach Möglichkeit die Organisation der Indifferenten zu veranlassen sowie allen Verbandsmitgliedern nahe zu legen, bei der demnächst

stattfindenden Abstimmung für den Kampffonds einzutreten, damit gegebenen Falls die vorschende Forderung kategorisch gestellt werden kann."

Die Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

**Breslau.** Den städtischen Gasarbeitern hat Stadtkaufmann Wirth in einer Vorrede mit Arbeitern aus den drei Gaswerken mitgeteilt, daß der Lohn um 20 Pf. auf den Tag erhöht, die ständige Schicht an jedem zweiten Sonntage beim Schichtwechsel mit 3,50 Mk. vergütet und den Leuten noch andere Erleichterungen gewährt werden sollen. Ferner soll nach Fertigstellung der Gasanstalt in Turagon im November 1906 die von den Arbeitern verlangte acht stündige Schicht in allen Breslauer Gaswerken eingeführt werden.

Eine Versammlung der Gasarbeiter, die am 3. Juni stattfand, bezeichnete diese Zugeständnisse als die erste Abbläsung an die Arbeiter, die gern entgegengenommen werde. Aber zufrieden könnten die Arbeiter damit nicht sein, denn nach § 3, 2, die Gewährung eines angemessenen Sommerurlaubs, noch habe man keine Arbeiterauschüsse usw. Zum Schluß erklärte die Versammlung in einer Resolution, dem Gemeindegewerkschaftsverbande unerschütterlich treu zu bleiben.

**Charlottenburg.** Unter den Charlottenburger Gasarbeitern herrscht ziemlich Unzufriedenheit. Während die Revierarbeiter das Benehmen der älteren Inspektoren als human anerkennen, scheinen die jüngeren Vorgesetzten jene bekannte Schmeichelei zu entwickeln, die den Arbeitern die ganze Dienstfremdschaft nimmt. Hauptächlich wird von den Arbeitern darüber geklagt, daß ihnen oft weit größere Leistungen zugemutet werden, als sie der beste Arbeiter schaffen kann.

Am meisten ärgert es unter den Arbeitern der Werkstelle der Gasanstalt II. Angeblich soll ein Vorgesetzter sich geäußert haben, daß die alten Arbeiter zu lange im Dienst seien und entlassen werden müßten. Die Arbeiter glauben dies dem Umstande zuschreiben zu müssen, daß sie von mancherlei Dingen zu viel wissen haben und deshalb unbehaglich geworden sind. Da soll es unter anderem vorkommen, daß Fahrräder repariert werden, Sackbeile, Sägemesser für den Privatgebrauch angefertigt werden, Pflanzenjäger mit Meisen versehen in die Wohnungen der Beamten gehen. Wir wollen uns heute mit diesen paar Aufzählungen begnügen, da wir wegen Mangel an Raum für diesmal nicht in der Lage sind, die große Zahl ganz bestimmter Angaben veröffentlicht zu können. Jedenfalls ist eine Untersuchung dringend am Platze.

Vor einigen Wochen haben die Charlottenburger Gasarbeiter in öffentlicher Versammlung ihren Unwillen darüber zum Ausdruck gebracht, daß ihre Löhne bei der allgemeinen Revision des Normal-Etats nicht gleichzeitig einer Revision unterzogen wurden. Die Versammlung sandte damals an den bei der Gasanstalt bestehenden Arbeiterausschuß eine Resolution, in welcher derselbe aufgefordert wurde, Anträge auf Lohnaufbesserung bei der Verwaltung zu stellen.

Der Ausschuß ist dieser Aufforderung nachgekommen. Er hat eine durchgängige Erhöhung der Minimallohne beantragt, durch welche dieselben den Anfangslohnen der entsprechenden Arbeitergruppen in Berlin vielfach erst gleichkommen würden; die damit verbundene Erhöhung der Maximallohne würde die Berliner Maximalhöhe allerdings meist übersteigen.

Weiter hat der Ausschuß noch beantragt, die Lohnskala so einzurichten, daß die Höchstätze in 10 Jahren, nicht wie jetzt erst in 16 Jahren, erreicht werden.

Schließlich hat er noch den Antrag gestellt, denjenigen Arbeitern, die nach dem Streik im Jahre 1900 mit den Anfangslohnen wieder eingestellt wurden, die Zeit, die sie vor dem Streik auf der Gasanstalt tätig waren, in ihre Dienstzeit einzurechnen.

Diesen letzten Antrag begründete der Arbeiterausschuß damit, daß den betreffenden Arbeitern bei der Wiedereinstellung versprochen wurde, bei guter Führung würde ihnen nach 2 Jahren die frühere Dienstzeit wieder eingerechnet werden. Aber auch abgesehen von einem solchen Versprechen meint der Ausschuß, daß die große Festzweife, die bei der 200. Jahrestagfeier der Stadt entfaltet wurde, wohl eine passende Gelegenheit sei, die Folgen eines um Jahre zurückliegenden Streiks auszulöschen.

Die Deputation für das Beschäftigungswesen hat zur Veratung der Anträge einen Ausschuß eingesetzt, in den sie auch unseren Gesonnen Fr. Pordardt entsendet hat. Die Gasarbeiter werden gut tun, unserem Genossen etwaiges auf die Anträge bezüglichen Material zur Verfügung zu stellen.

**Mainz.** Am 30. Mai fand eine große Versammlung der Gasarbeiter statt. Es kam zu einer Abrechnung mit den sozialorganisierten Arbeitern am Gaswerk I, die durch ihre Sonderbündelei sich selbst im Lichte stehen. Die Morphänen der Lokalisten verdienen, da sie der Bewegung große Hindernisse in den Weg legen, den Namen Arbeiterverräter.

Sodann behandelte die Versammlung die Frage betr. Einführung des Drei-Schicht-Systems für die Schichtleute des Gaswerks II. Nachdem diese Forderung bereits im Jahre 1902 erhoben wurde, bot man den Arbeitern Ende März d. J. den Abschluß eines Tarifvertrages an, durch welchen auch die Frage der Arbeitszeit gelöst werden sollte. Des lieben Friedens willen und

um sobald wie möglich in dieser Hinsicht eine Besserung herbeizuführen, ließen die Arbeiter ihre Forderung auf Einführung des Achtstundentages fallen; sie stimmten dem Vorschlage der Bürgermeisterei zu, wonach die Schichtarbeiter in einem dreiwöchigen Turnus zwei Wochen im Feuer- bzw. Maschinenhaus, die dritte Woche aber unter Verhütung der Feuerhaus- bzw. Maschinenlohn im Hof bzw. in der Werkstätte tätig sein sollten. Die Arbeiter wollten sich verpflichten, diesen Zustand auf drei Jahre tariflich anzuerkennen, verlangten nur, daß auch die Löhne in diesem Zeitraum verbessert werden sollten. Am 1. April wurden die Mitglieder des Arbeiterausschusses zum letzten Mal gehört - seit dieser Zeit ist Ruhe in allen Werkseln. Der Sommer, jene Zeit, in welcher die Gasarbeiter im Hinblick ihrer Beschäftigung und ihren langen Arbeitszeiten 12 Stunden tägliche Schicht und 18 Stunden Sonntagschicht doppelt schwerer unter den heutigen Verhältnissen zu leiden haben, soll wohl wiederum, ohne der Arbeiterkraft eine Verbesserung gebracht zu haben, vorübergehen, trotzdem die Stadtverordnetenversammlung der Einführung des seitens der Bürgermeisterei vorgeschlagenen Drei-Schicht-Systems zugestimmt hat. Unseres Erachtens hatte bereits am 1. April d. J. diese Arbeitszeit-Einteilung eingeführt werden können; so macht man aber die Einführung von dem Zustandekommen des Tarifs abhängig, dessen Verabbarung anscheinend nicht ohne Mühe verbleibt wird. Sämtliche Arbeiter traten für eine energische Aktion ein, den Verfolg der Sache zu beschleunigen. Schließlich wurde einem Antrage zugestimmt, nach welchem noch bis zum 15. Juni abgewartet werden soll, um dann, sobald bis dorthin keine befriedigende Lösung aller Fragen eingetreten ist, alle bis jetzt gemachten Zugeständnisse zurückzugeben und von neuem die Einführung des Achtstundentages zu fordern. Der Einwand, daß aus technischen Gründen die Achtstundenschicht für die Schichtleute des Gaswerks II nicht eingeführt werden könne, in also durch die Praxis widerlegt. Die Bürgermeisterei wird wohl oder übel der Lage der Arbeiter des Gaswerks II mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. Es ist wünschenswert, den Verdiensten, die nun schon drei Jahre der Stadtverwaltung unterbreitet sind, einigermassen Rechnung zu tragen. Jedenfalls kann man die Sache etwas beschleunigen. Zu Weiterungen, vor welchen die Arbeiter schließlich nicht zurückschrecken würden, braucht man es wahrlich nicht kommen zu lassen.

**Mirdorf.** Die Mirdorfer Gasarbeiter hielten am 16. Juni eine Versammlung ab, in welcher sie lebhaftest Beschwerden über das mangelhafte sozialpolitische Verhältnis der städtischen Verwaltung führten. Der Magistrat und die bürgerliche Stadtverordnetenmehrheit, die eingeladen waren, glänzten durch Abwesenheit.

Stadtverordneter Groger (Mitglied der Gasdeputation) hielt das einleitende Referat über die abnehmende Haltung des Magistrats und der Stadtverordneten-Mehrheit bei den Forderungen der Gasarbeiter. Er wies an der Hand seiner Erfahrungen in der Gasdeputation nach, daß den Herren jedes sozialpolitische Verständnis fehlt und daß besonders die Maße der Hausbesitzer erkaunliches letzte in punkto Einmüßigkeit. Die Forderungen der Arbeiter müssen entschieden zurückgewiesen werden" ist der ewige Reclam. Alle Schritte auf die privaten Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind fruchtlos. Während man in der Privatindustrie 55 bis 60 Pf. Stundenlohn für Mohrleger zahlt, begnügt sich die Stadt Mirdorf 12 Pf. Stundenlohn zu zahlen. Dafür läßt sie aber noch 10 Stunden arbeiten, und als schon einmal ein Streik auszubrechen drohte, verdrängte man die Arbeiter durch Heberstunden zu fördern, was immerzeit auch leider gelungen ist. Aber es gibt sogar Statistiken, wie z. B. die Maschinen- resp. Meißelbeier, welche gar 12 Stunden ununterbrochen Dienst haben! Dabei wird auch diesen der Lohn nur für 10 Stunden gewährt, sie beziehen also ganze 4,20 Mk. für ihre anstrengende, verantwortungsvolle Tätigkeit. Während der Gedanke der stündigen Wechselsschicht in ganz Deutschland sich immer mehr zur Geltung bringt, ist es der Momente Mirdorf vorbehalten, den Reform in Arbeiterausbreitung zu schlagen. Der Bürgermeister Voigt, welcher 1898 als Sozialpolitiker auftrat, meinte in einer Sitzung: "Mit den Lohnerböhenungen muß endlich Schluß gemacht werden." So darf es nicht Wunder nehmen, wenn ein großer Teil Mohrleger sich nach anderer Beschäftigung umsieht und die Betriebe Mirdorfs eine Abwanderung ohne Gleichen aufweisen. Tarum muß der Verband der Gemeindegewerkschaften genau wie andere gewerkschaftliche Organisationen in den Kampf treten; ebenso muß die Unerbittlichkeit aller Mitglieder erwartet werden. Redner spricht zum Schluß den Wunsch aus, daß dem kapitalistischen Gewahren der Stadt Mirdorf durch das energische Eingreifen der Organisation Einhalt geboten werde, denn nur die Macht der Organisation kann den Mirdorfer Magistrat zur Einmüßigkeit bringen. (Beifall.) Nach einer lebhaften Diskussion, an der sich viele Gasarbeiter, die Stadtv. Gehbride und Fr. Silberstein und der Ortssekretär Dittmer beteiligten, wurde folgende Resolution angenommen:

Die heute am 16. Juli 1905 bei Friel, Weinstraße 153, zahlreich versammelten Gasarbeiter Mirdorfs protestieren auf das Eifrigste gegen die abnehmende Haltung des Magistrats und der Stadtverordnetenmehrheit gegenüber den aufgelisteten Forderungen. Seit Jahren hat keine Aufbesserung ihrer Löhne stattgefunden, obgleich sich die Lebenshaltung in jeder Beziehung verteuert hat. Der Innen- wie Außenbetrieb der Gasanstalt verlangt eine Neu-



regelung und Verbesserung der Löhne, sowie eine Verkürzung der Arbeitszeit, die den hygienischen Anforderungen entspricht.

Ebenso muß endlich die Vorlage betr. Differenz zwischen Lohn und Krankengeld, Ruhegehalt, Witwen- und Waisenversorgung aus dem Stadium der ewigen Beratung in die Praxis umgesetzt werden.

Zollte auch dieser letzte Appell an die Öffentlichkeit ungehört verhallen, so wird ernstlich zu erwägen sein, ob die bisher friedlichen Formen der Lohnbewegung umgekehrt werden können und die Gasarbeiter nicht daran denken müssen, ihre Forderungen satzungsgemäß zu stellen."

### Aus unserer Bewegung.

**Fisiale Berlin.** Die vor einiger Zeit vom Landgericht II vorgenommene Verhandlung über die Unterschlagnung des ehemaligen Malterers Meyer unserer Sektion Schamargendorf führte zu einer Verurteilung von 5 Monaten Gefängnis. Als ersäuerend kamen die Vorstrafen und die Vorsätzlichkeit der Unterschlagnung in Betracht.

**Berlin II.** Die Mitgliederversammlung der Sektion fand am 27. Mai bei Patt statt. Kollege Polenske sprach über die Berliner Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1904. In der Diskussion führte Schabel aus, daß der Prozenttag der organisierten städtischen Arbeiter mit 30 Proz. nicht richtig sei. Von den circa 12 000 Mitgliedern der Krankenkasse könne man von mindestens 3000 annehmen, daß sie für unsere Bewegung nie in Betracht kämen. So z. B. die Metzger und das Büropersonal der verschiedenen Verwaltungen. Mitbin können wir den Prozenttag der organisierten Arbeiter als einen bedeutend höheren annehmen. Zum Punkt 2: Ergebnis der Kommissionsberatung, verlas Kollege Schabel das Statut für eine neu zu gründende Unterstützungsstufe mit einem Aufnahmebetrag von 50 Pf. und 5 Pf. Beitrag pro Woche. Nachdem seitens Schabels gegen eine diesbezügliche Abstimmlung Einspruch erhoben wurde, beschloß die Versammlung, die Entscheidung darüber bis zur nächsten Versammlung zurückzustellen. Zu Punkt 3: Bericht der Ausschüsse, teilt Schabel mit, daß Punkt 1: bei Verhandlungen ist eine Deputation zu entsenden, sowie Punkt 2: Verzählung bis zu drei Tagen in Fällen dringender Familienvorkommnisse, von der Tagesordnung abgesetzt werden sind und nicht verhandelt werden könnten, da nach der Ansicht des Herrn Inspektors dies nicht Sache des Ausschusses, sondern der Direktion sei. Zu Punkt 3: Abkündigung der Sonntagsbäckarbeit für die Manalarbeiter, soll abgewartet werden, bis der Erweiterungsbau in Betrieb sei, wo sich die Sache wahrscheinlich von selbst regelt. Der Antrag auf Verkürzung des Meldeerdienstes von zwölf auf zehn Stunden, wurde zurückgezogen nach Aussprache und Verständigung über die auszuführenden Arbeiten. In der Diskussion wurde wieder auf das schädliche System der Dezentralisierung der Arbeiterausschüsse hingewiesen. Wünschenswert wäre die Einführung eines Ausschusses für die Manalarbeiter, sowie eines besonderen für die Maschinenisten und Heizer. Dann wurde scharf kritisiert, daß einem Kollegen Abzüge gemacht wurden, der zur Kontrollversammlung war, ebenso wurden einem anderen Kollegen sechs Stunden abgezogen, weil er infolge Entbindung seiner Frau einen halben Tag veräumte.

**Berlin IV (Eber Schönweide).** Eine gut besuchte Versammlung der Kollegen des Gaswerkes Obersee nahm, nach einem Vortrage des Kollegen Polenske, den Bericht des Arbeiterausschusses entgegen. Kollege Schiraf konnte mitteilen, daß wieder etwas erreicht worden sei, indem der Anfangslohn der Hofarbeiter und Helfer auf 4 Mk. erhöht wurde, steigend nach zwei Jahren auf 4,20 Mk. Leider sei die Forderung von 10 Proz. Zuschlag für die übrigen Arbeiter abgelehnt worden. Die Anträge bezüglich des Waisens und der Ausdehnung des Urlaubes wurden abgelehnt; ebenso die Verzählung einer Kaufstunde, die auswärtigen Kollegen sollen entsprechend früher Feierabend machen. Ferner sollen bei besonders schmutzigen Arbeiten Anzüge geliefert werden, sowie auch Vergütung, allerdings nach dem Ermessen des Herrn Inspektors. Für die regelmäßige Reinigung der Klosets und Waderäume wurde ein Mann bestimmt. Bezüglich des Fahrgeldes soll der Ausschuß noch einmal vorstellig werden; ebenso die Antomatentafel zur Erhöhung ihrer Löhne. Besuchen der Schlosser und Schmiede sollen in der nächsten Versammlung dem Arbeiterausschuss überwiegen werden. Nach Erledigung einiger persönlicher Angelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

**Berlin XII (Niesfeld).** Versammlung am Sonntag, den 21. Mai in Hohen Schönhausen. Kollege Polenske sprach über die Lohnverhältnisse und die Neuregelung der Löhne der Niesfeldarbeiter. Die Niesfeldarbeiter werden gewissermaßen als Zielfeld der städtischen Verwaltung behandelt. Auf eine Eingabe um Einführung von Arbeiter-Ausschüssen wurde ihnen überhaupt keine Antwort zu Teil. Trotzdem diese Ausschüsse in fast allen städtischen Betrieben eingeführt wurden und zur Zufriedenheit sowohl der Arbeiter wie auch der Verwaltung funktionieren. Die Mite um Gewährung von Sommerurlaub, der für sämtliche städtische Arbeiter eingeführt ist, wurde runderweg und ohne Angaben von Gründen abgelehnt. Auf eine, in höchster Form abgesetzte Petition um Erhöhung der völlig unzulänglichen Löhne ward ihnen seitens des Herrn Administrators Raersch folgender Bescheid, der bescheidend für die dortigen Verhältnisse ist. „P. P. Eines solchen unlauberen Wilsch, dem jegliche

Unterschrift fehlt, bin ich nicht in der Lage, der vorgesetzten Behörde zu übergeben.“ Wasta. Diese Art und Weise, Arbeiterangelegenheiten zu lösen, dürfte wohl für die Verwaltung die einfachste sein. Die Arbeiter sind damit aber nicht zufrieden. Löhne von 2,70 Mk. genügen in keiner Weise, wenn wir in Betracht ziehen, daß für die Orte, in denen die Niesfeldarbeiter wohnen, immermehr die Verhältnisse der nahen Großstadt Platz greifen. Nun hat ja kürzlich eine Regelung der Löhne stattgefunden, indem man denjenigen Arbeitern, die fünf Jahre tätig sind, 25 Pf. zulegte und denen die zehn Jahre im Dienst stehen, einen Höchstlohn von 3,00 Mk. gewährte. Das dies für die große Mehrzahl der Arbeiter so gut wie gar nichts bedeutet, ist klar. Diese sind auch endlich zur Erkenntnis gekommen, welche Wege sie einschlagen müssen, um ihren Forderungen Nachdruck zu geben. Die Organisation hat in letzter Zeit bedeutende Fortschritte gemacht. Ihre Stärke ist die beste Gewähr für die Eringung besserer Löhne und Arbeitsverhältnisse. Auch in der Diskussion kam allgemein dieser Gedanke zum Ausdruck. Eine Anzahl Kollegen ließen sich aufnehmen.

**Berlin (Gasankast Schamargendorf).** Sektionsversammlung am 19. Mai cr. Zunächst gab Malterer Wüningberg den Malterbericht für die Zeit vom 20. Januar bis 18. Mai. Unsere Unterstützungsstufe hatte inklusive eines Bestandes von 325,30 Mk. eine Einnahme von 43,30 Mk. Dem stand eine Ausgabe von 181,— Mk. gegenüber; bleibt ein Bestand von 302,30 Mk. Von den Absiforen berichtet Kollege Frank, daß sie die Klasse in bester Ordnung vorgefunden hätten und beantragt, dem Kollegen Wüningberg Decharge zu erteilen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Dann wurde Kollege H. Wille als Kassierer für die Unterstützungsstufe einstimmig gewählt, und der Kollege Müdenburg als Beiragsammler. Zu den bevorstehenden Ertragwahlen der Arbeiterausschüßmitglieder wurden die Kollegen Kippink und Gielisch vorgeschlagen. Zum Schluß, beantragte Kollege Wille eine Herrenpartei resp. Sommervergünstigen zu veranstalten, doch soll darüber in nächster Versammlung Beschluß gefaßt werden.

**Berlin-Schöneberg.** Eigenartige Verhältnisse herrschen unter den Gemeindegewerkschaften Schönebergs. Eine Münderheit kämpft für ein gutes Recht, als Kulturmenschen behandelt und bezahlt zu werden. Doch der weitaus größte Teil Arbeiter, besonders Straßenreiner, sind derartig furchtlos, daß sie sich kaum getrouen, Handzettel zu Versammlungen entgegenzunehmen. Gerade diese Kategorie hat aber alle Ursache sich zu rühren. An Arbeit wird ihnen viel zu viel zugemutet. Jede Kolonne müßte um 2 oder mehr Mann verhärt werden, wenn die Arbeit keine für den Körper aufreibende sein soll. Dazu kommt das eigenartige Benehmen des Herrn Stolle. Daß diese Verhältnisse sich so auswachsen konnten, hat zu einem erheblichen Teil der Ortsverein der städtischen Arbeiter mit Schuld. Dieses Vereinden weiß alles von sich, was an Aufklärung erinert. Jeder Fortschritt wird von dieser Seite aus gehindert. Sider iren sich die Leute, wenn sie meinen, sich dadurch bei der Stadtverwaltung einschmeicheln zu können. Durch ihr unsozialdäres Verhalten schädigen sie bloß sich und ihre Arbeitskollegen.

**Düßeldorf.** In einer am 20. Mai in Kreuzers Lokal stattgehabten öffentlichen Versammlung der städtischen Arbeiter Düßeldorfs sprach der Kollege G. Schönberg aus Hamburg über: Die deutsche Stadtgemeinden und ihre Arbeiter und die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Nach längeren lehrreichen Ausführungen und lebhafter Darstellung der Entwicklung unserer Bewegung wandte der Referent sich der „christlichen“ Organisation zu und betonte, daß der Streit über konfessionelle und religiöse Fragen aus der gewerkschaftlichen Organisation fernzubleiben habe, denn solche Dinge hätten mit dem Arbeitsfeld der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gar nichts zu tun. Man möge sich drehen wie man wolle, jedenfalls ließe sich auch aus der Bibel nicht nachweisen, daß ein Arbeiter nicht nach Verbesserung seiner wirtschaftlichen Lage trachten dürfe. Im Gegenteil: ein biblischer Weiser verurteilt den profitgierigen Arbeitgeber mit den Worten: Wer dem Arbeiter seinen Lohn nicht gibt, ist ein Missetäter! Mit einem Appell an die Versammlung, sich unter dem Banner der Solidarität zu scharen, schließt der Redner seinen 1 1/2 stündigen Vortrag unter brausendem Beifall. Der Vorliegende, Kollege Hebbeling, richtete nun an die Versammelten die Aufforderung, ihre Ansicht zu dem Gehörten zu äußern. Insbesondere würde es dem Referenten willkommen sein, etwaige gegenteilige Meinungen kennen zu lernen. Ein Kollege aus der Versammlung und der Vorliegende sprachen im Sinne des Referenten. Der im Lokale anwesende Vorliegende der „Christlichen“ zog es vor zu schweigen. (Die „Christlichen“ hatten sich vor Beginn der Versammlung vor dem Lokaleingang postiert und versuchten die Ankomenden von dem Besuch der Versammlung fernzuhalten. Der freundlichen Aufforderung des Kollegen Schönberg, sie möchten doch lieber auch alle in die Versammlung kommen, er würde sich leicht mit ihnen verständigen, kamen die Herren nicht nach.) Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, in welcher die Versammelten erklären, daß sie eine gemeinsame einheitliche gewerkschaftliche Organisation der städtischen Arbeiter für notwendig erachten und für die Schaffung und Ausbreitung einer solchen eintreten wollten. Eine größere Anzahl neuer Mitglieder trat unserem Verbands bei.

**Freiburg i. Br.** Die hiesigen Kollegen reichten im März d. J. eine umfangreiche Eingabe um Abänderung der „Satzungen über die Rechtsverhältnisse der Stadtarbeiter“ ein. Gelegentlich der Verhandlungen des Bürgerausschusses Ende April d. J. wurde vom Herrn Oberbürgermeister und vom Chairman Man berichtet, daß diese Eingabe bereits den Stadtrat beschäftigt habe. Eine sofortige Erledigung sei nicht angängig, da beabsichtigt sei, die Verhältnisse der Stadtarbeiter gelegentlich der demnächstigen Revision des Verordnungs- und Lehrvertrags zu regeln. Ob alle in der Eingabe zum Ausdruck gebrachten Wünsche berücksichtigt werden könnten, siehe dahin, da die finanziellen Folgen jährlich auf 120.000 Mk. zu veranschlagen seien. Der Stadtrat aber und mit ihm der Bürgerausschuß werde den Wünschen der Arbeiter ihr sozialfreundliches Interesse zuwenden. Es ist recht bemerkenswert, daß von den Vertretern aller Parteien dagegen kein Einspruch erhoben wurde, wie dies sonst vielfach in anderen Stadtparlamenten geschieht. Da regt man sich schon bei den bescheidensten und kleinsten Wünschen der Arbeiter gewaltig auf und bemüht sich plötzlich darauf, daß mit den Steuergeldern nicht so verbrecherisch gewirtschaftet werden darf. Wir werden seinerzeit über den weiteren Verlauf dieser Angelegenheit berichten. — Am Sonntag, den 11. Mai, hatten wir eine allgemeine und außerordentliche Versammlung, in der Kollege Altwater Stuttgart die gegenwärtige Situation treffend beleuchtete. Er fand auch gute Worte gegen die Launen, Stumpfen, die abseits von der Bewegung stehen. Aber wir hoffen, daß auch in Freiburg der Geist der Solidarität sich Bahn bricht. Die Kollegen haben den Anschluß an unseren Verband um so leichter, als hier nicht die gewöhnlichen koalitionsrechtlichen Schwierigkeiten bestehen. Gerade diejenigen Kollegen, welche der Organisation fernstehen, gefährden ihre Position am schwersten, und wenn unsere Stadtverwaltung im allgemeinen auch sozialdenkend ist, so darf dies kein Hindernis sein, mit der Gesamtkollegenchaft im Reiche in enger Fühlung zu stehen. Um unsere Stellung zu sichern und allmählich zu verbessern, brauchen wir immer Organisation. Schon mit Rücksicht auf unser Unternehmungsweisen sollten viele Kollegen einen Wuchtel des Geldes, was sie oft ganz überflüssigerweise in Alkohol anlegen, für die Gewerkschaft verwenden, und so sich und den übrigen den Bestand des Verbandes für alle vor kommenden Fälle zu sichern. — In der nächsten Zeit wird eine öffentliche Versammlung stattfinden und werden schon jetzt die Kollegen zu reger Mitarbeit aufgefordert.

**Marlsruhe.** Öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter am 19. Mai. Arbeitersekretär Willt referierte über die Lohnverhältnisse und Mißstände in den städtischen Betrieben. Es wurde beschlossen, eine Petition an den Stadtrat zu richten um Erhöhung des für die Lohnaufbesserung der städtischen Arbeiter in Aussicht genommenen Betrages. In der Petition soll auch verlangt werden, daß alle städtischen Arbeiter mit der Lohnaufbesserung bedacht werden. Der Appell an die Nichtorganisierten, sich dem Verbande anzuschließen, hatte den Erfolg, daß sich über 20 neue Mitglieder aufnehmen ließen und wir so eine Mitgliederzahl von 230 aufzuweisen haben. Im Gaswerk II stehen uns nur noch ein halbes Dutzend Kollegen fern, aber auch diese müssen noch gewonnen werden. Nur die 70 bis 80 Arbeiter des Stadtgartens und nicht zum Beitritt zu bewegen, sie haben für sich einen stadträtlichen Verein gegründet und Herr Direktor Meß hat ihn aus der Taufe gehoben. Wehe dem, der an diesem Verein oder an dessen Statuten kritisiert, dem wird das Wort entzogen und aus dem Lokal gewiesen. Hatte da unlängst ein Kollege Handzettel verteilt vor dem Stadtgarten, also nicht vor des Herrn Direktor Meßs Privatgrundstück. Da kam ein Junge und sagte zu unserem Kollegen, er solle da weggehen, die Verwaltung dulde es nicht. Natürlich hat sich unser Verteiler um dieses Stabchen wenig bekümmert und erfüllte seine Pflicht, denn es galt ja die Gartenarbeiter in eine Versammlung zu bringen. Dieser Verein, dessen Mitglieder der Stadtgarten direktor ist, führt den Namen Verein städtischer Gärtner und verwandter Berufe und nimmt laut Statut auch Ehrenmitglieder auf. Da werden wir noch manche Ehrenmitgliedschaft erleben, und falls der Herr Stadtgartendirektor A. nicht aktives Mitglied sein sollte, bringen wir ihn in empfehlende Erinnerung. Sinnen herum haben aber die Gartenarbeiter noch den traurigen Mut zu schimpfen, weil die Lohnaufbesserung so lange nicht ausbezahlt wird. Sie sollten sich lieber an ihre Prust schlagen und sagen mea culpa. Durch meine Schuld ist es geschehen. Auch die Arbeiterausschüsse haben vom Gaswerk II, die am 8. Mai stattgefunden haben, sollen nicht unerwähnt bleiben. Sie fielen aus, wie sie unter den obwaltenden Umständen ausfallen mußten, nämlich: es wurde nichts daraus. Wir wollten die vielen Beschränkungen weg haben, und haben an den verrecklichen Stadtrat eine Eingabe gerichtet, wo wir uns etwas näher an das Verbandprogramm gehalten haben. Ungefähr zehn Tage nach der Wahl kam die Antwort der Stadtverwaltung, aus der wir nur das Wichtigste bringen: Daß die Bestimmungen über Wahlberechtigung und Wählbarkeit nicht so ohne weiteres verändert werden können. Dazu brauche es einer Veränderung des Statuts, die aber gemäß § 11 desselben „soll wohl heißen § 15“ und ohne Anhörung des Arbeiterausschusses nicht vorgenommen werden kann. Und zum Schluß heißt es, daß wir überhaupt kein Recht haben, gegen die Anordnungen, die der Stadtrat getroffen, Einspruch zu erheben, und dies müsse durch die Hände der Betriebsleitung gehen.

Habt Ihr's gehört, Ihr Arbeiter? Pflichten habt Ihr eine Menge, aber keine Rechte, also nur nicht rütteln an den heiligen liberalen Dogmen, damit sie nicht in ihren Grundfesten erschüttert werden. In § 15 des Arbeiterstatuts heißt es auch, daß der Arbeiterausschuß von den Arbeitern aus ihrer Mitte in unmittelbarer und gemeinsamer Wahl gewählt werden soll. Herr Pantat Geld hat dies auch vorher bekannt gegeben, hat aber dann 5 Minuten später die Wahlzettel, wie sie ihm in die Hand gegeben wurden, sofort aufgemacht. Das kann durch mehrere Arbeiter befundet werden. Soll an einer solchen Handlung auch nicht gerüttelt werden? In § 15 des Arbeiterstatuts steht keine Silbe davon, daß man 30 Jahre alt sein muß, und 5 Jahre im Betriebe, bis man wählbar ist. Nur lautet ein Absatz: Nähere Bestimmungen über die Zusammensetzung, die Rechte und Pflichten und über die Geschäftsordnung der Arbeiterausschüsse sind durch besondere Satzungen zu erlassen. Man sollte also nur nicht so straff an den Bestimmungen reiten, wenn sie selbst von denjenigen in größlicher Weise verletzt werden, vor denen man in erster Linie glauben soll, daß sie eingehalten werden.

**Köln a. Rh.** Öffentliche Versammlung am 21. Mai. Ueber: „Die Organisation der Gemeindebetriebsarbeiter Deutschlands“ referierte der Kollege Schönberg aus Hamburg. In andertshalfstündiger Rede erledigte der Referent seine Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Versammlung. Der Vortragende führte die Anwesenden zunächst in das Wesen aller Organisation im allgemeinen ein. Er sprach sodann über das Wesen, den Zweck und die Ziele der gewerkschaftlichen Arbeiterorganisation im ganzen, um daran anschließend die Bestrebungen des Gemeinbedarbeitsverbandes zu beleuchten. Insbesondere betonte der Redner, daß die Lage der Lohn und Arbeits-, sowie der disziplinarischen Verhältnisse in den Gemeindebetrieben es notwendig machen, daß die städtischen Arbeiter sich eine gemeinsame, einheitliche und festgelegte gewerkschaftliche Organisation schaffen. Gegenüber dieser wichtigen prinzipiellen Aufgabe hätten alle übrigen Fragen, die das wirtschaftliche Interesse der Arbeiter nicht berühren, zu säubigen. Konfessionelle und religiöse Streitfragen dürften innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation nicht ausgetragen werden, denn sie hindern die Einigkeit und die Solidarität. Wer aus den kritisierten Gründen Uneinigkeit unter die Arbeiter trage, sei kein Arbeitervertreter, sondern ein Arbeiterverräter. „Sind Sie mit mir im ganzen einverstanden?“ so schließt der Referent, „dann kommen Sie zu uns, über Einzelheiten wollen wir uns schon einig werden.“ In eindringlichen Worten legte dann der Kollege Hanzenberg den Versammelten ans Herz, die bisherige Gleichgültigkeit aufzugeben und der Organisation beizutreten, die nur allein imstande ist, die Interessen der städtischen Arbeiter auf gewerkschaftlichem Gebiet zu vertreten, nämlich dem Gemeinbedarbeitsverband. Und gerade für die städtischen Arbeiter sei eine gute gewerkschaftliche Organisation dringend nötig, müßten hier die städtischen Arbeiter sich doch noch von untergeordneten Verwaltungsbeamten ohreigen lassen, wie dies erst neuerdings wieder auf dem Elektrizitätswerk passiert sei. Darum müsse für jeden städtischen Arbeiter die Parole lauten: Mitglied des Gemeinbedarbeitsverbandes will ich sein und bleiben! Viele Anwesende wurden Mitglied unseres Verbandes.

**Münchberg i. Br.** Endlich ist auch hier einmal Leben in die städtischen Arbeiter gekommen. Eine gutbesuchte Versammlung fand am Sonntag, den 21. Mai, um 12½ Uhr, im Lokale Vergär, 41 statt, die sich mit der Lohnfrage beschäftigte. Im vorigen Jahre sind die städtischen Arbeiter mit einer Lohnforderung an den Magistrat herangetreten, worauf ihnen unlängst durch den Direktor Nobbert mitgeteilt wurde, daß der Magistrat die Löhne der Arbeiter nicht erhöhen könne, da sie durchschnittlich einen Jahresverdienst von 800 Mark haben und somit mancherlei Vorteile genießen. Diese Antwort hat die städtischen Arbeiter sehr enttäuscht und aus dem Grunde beschlossen sie in der Versammlung, abermals mit der Bitte um eine Lohnhöhung an den Magistrat heranzutreten. Zu diesem Zwecke war ein Schreiben verfaßt, das dem Magistrat die Wünsche seiner Arbeiter unterbreiten soll. In dem Schreiben wird für sämtliche Arbeiter ein Mindestlohn von 3 Mark pro Tag gefordert, da die wenigsten bisher so viel verdienen. Die meisten haben nur einen Tagesverdienst von 2,50 Mark und darunter. Des weiteren wurde angeführt: Bei den bisherigen Löhnen ist es den Arbeitern nicht möglich, zu existieren und wenn die Frauen nicht mitarbeiten, würde man noch hungern müssen. Es wäre auch, wenn der Magistrat die Mägen seiner Arbeiter berücksichtigen würde und dafür sorgte, daß Abhilfe geschehe. In der Versammlung wurde mit verständlicher Entschiedenheit betont, daß der Magistrat wohl für Vereine, zum Straßenschaum und ähnlichen überflüssigen Zwecken Geld vollauf habe. An die Arbeiter aber denkt niemand und man gewährt ihnen nicht mal eine geringe Lohnhöhung. Weiter wurde über die hohe Verschwendung der Arbeiter Mägen gefürcht. Besonders unangenehm sind die Feuerungsarbeiter der Gasanstalt gestellt. Es wurde betont, daß es niemand länger als fünf Jahre bei dieser mörderischen Arbeit aushalten könnte. Ferner verbanden sie sehr viel Mühsamkeit, die sie von ihrem geringen Lohn erwidern müssen. Für diese Arbeit müßte mindestens ein Lohn von 4 Mark pro Tag gezahlt werden. Ebenso ist das Straßenschaum dufferst hart. Ein Arbeiter hat in einem halben Jahre 37 Mark Strafe zahlen müssen. Für eine Verspätung von

fünf Minuten wird ein Viertel des Tagesverdienstes abgezogen. Auch die Arbeitszeit wird nicht eingehalten. So sollen z. B. im Gasantriebsbetriebe 8 1/2 Stunden, von 6 Uhr morgens bis 3 Uhr nachmittags, gearbeitet werden. Es wird dem Arbeiter aber oft eine Arbeit aufgegeben, die er fertig machen muß, und zwingt er sie nicht bis 3 Uhr, dann muß er eben länger bleiben. Als ein Arbeiter einem seiner Vorgesetzten einmal sagte, daß mit den niedrigen Löhnen nicht zu bestehen sei, antwortete ihm dieser, er möge nur dafür sorgen, daß seine Frau sich einrichten lernt. Sie solle 1/2 Pfund Äpfel kaufen und einen großen Tiegel Gemüse kochen, der zu drei Mahlzeiten reicht. Dann werde man auch durchkommen. Freilich, für die Arbeiter ist Brot, Kartoffel und Sering gut. Gänsebraten ist nur für reiche Leute da. Allseitig wurde betont, es sei gar nicht möglich, daß der Magistrat die schlechten Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter kenne, sonst könne er ihre Forderungen nicht ablehnen. Der Bürgermeister Munkel habe einmal gesagt, jeder Beamte und Arbeiter könne wählen, wie und wo er wolle. Es wird wegen seiner Heberzeugung niemand gemahnt werden. Leider haben viele Arbeiter ihre Pflicht bei der letzten Wahl nicht getan, sonst hätten nicht vier, sondern zwölf Arbeitervertreter in der Stadtverordnetenversammlung. Die vier, die jetzt drin sitzen, haben sich die größte Mühe gegeben, etwas für die Arbeiter zu tun und es ist nur die Schuld der anderen, wenn nichts erreicht worden ist.

Gewünscht wurde, daß die städtischen Arbeiter eine Organisation bilden möchten, dann könnte man energischer vorgehen. Dieser Wunsch soll in einer späteren Versammlung erfüllt werden. Nachdem noch einstimmig beschlossen wurde, das Schreiben an den Magistrat mit Unterschriften sämtlicher Versammlungsbesucher abzuschicken, wurde die Versammlung gegen 1/3 Uhr geschlossen.

Leipzig. Eine öffentliche Versammlung der Gemeindefabrikarbeiter Leipzigs nahm ein Meserats des neuen Gauleiters Kollegen Heinrich Schäfer entgegen. Derselbe behandelte in einstündiger Rede und unter großem Beifall das Thema „Der Gemeindefabrikarbeiter im Massenkampf.“ Hierauf gab der Geschäftsführer den Massenbericht. Derselbe wurde als richtig anerkannt und dem Kassierer Decharge erteilt.

Danach wurde die Wahl eines Agitationskomitees vorgenommen und sechs Kollegen in dasselbe gewählt. Nach Erledigung etlicher gewerkschaftlicher Sachen wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

**Verbandsteil.**

**Für die kämpfenden Tabakarbeiter**

beschloß der Vorstandsvorstand Zammellisten herauszugeben. Die Zammellisten gehen in den nächsten Tagen unseren Filialen zu und bitten wir, sie sogleich in Umlauf zu setzen. **Schnelle Hilfe ist hier dringend nötig. Tue jeder seine Schuldigkeit.**

**Quittung der Hauptkasse.**

Für das 1. Quartal 1905 gingen an Beiträgen ein: Köln a. Rh. 31,10 M., Göttingen 30,60 M.

Für das 2. Quartal: Regensburg 1. Rate 72,28 M., Wiesbaden 1. Rate 200,— M.

G. A h m a n n, Hauptkassierer.

**Briefkasten.**

Wegen Raumangel mußten zurückgestellt werden: Artikel über den Kölner Gewerkschafts-Kongress, Volksversicherung, Einwendungen aus Berlin, Chemnitz, Tüßfeldorf, Gera, Halle a. S., Hamburg, Königberg i. Pr., Pforzheim, Stettin, Stuttgart, Wiesbaden u. a. m.

Beschwerden über den Versand der Zeitung können nur dann erledigt werden, wenn die Adresse, welche die Anzahl der gelieferten Zeitungen enthält, sowie eventuell der Postabnammt beigefügt wird. Die Postpakete für den Fernverkehr werden in der Regel Mittwoch ausgegeben. Die Zahlen oberhalb der Adresse geben an wieviel Exemplare der „Gewerkschaft“, „Sanitätswarte“ und „Correspondenzblatt“ im Paket enthalten sein sollen.

**Achtung Berliner Straßencleaner!**

Verbandsseitig wurden zu der am Montag, den 26. Juni d. J. stattfindenden Wahl des Arbeitsausschusses folgende Kandidaten aufgestellt:

	Auswahlgewinn	Erfahrung
1. Ober-Aufsicher Bezirk 8, 18, 20, 30. Abt.	Steiner, Arbeiter, 8. Abteilung.	Fischer, Arbeiter, 29. Abteilung
2. Ober-Aufsicher Bezirk 9, 10, 11, 24. Abt.	Mückwardt " 24. "	Reber " 0. "
3. Ober-Aufsicher-Bereich 11, 23, 25, 27. Abt.	Schulz " 23. "	Krause " 25. "
4. Ober-Aufsicher-Bereich 1, 12, 19, 28. Abt.	Genich " 1. "	Chamrol " 19. "
5. Ober-Aufsicher-Bereich 2, 13, 20, 33. Abt.	Meil " 33. "	Luscher " 13. "
6. Ober-Aufsicher-Bereich 3, 4, 6, 7, 32. Abt.	Schwarze " 3. "	Reppenthal " 6. "
7. Ober-Aufsicher-Bereich 5, 15, 17, 26. Abt.	Viegl " 5. "	Wilhelm Dressel " 20. "
8. Ober-Aufsicher-Bereich 16, 21, 22, 31. Abt.	Langner " 16. "	Brandstädter " 22. "

Kollegen, wählt nur diese Liste!

**30 Tage zur Probe**

versenden wir, um jedermann Gelegenheit zu geben, sich von der Güte unserer Waren zu überzeugen, unser **Silberstahl-Kassiermesser No. 30** fein höhl geschliffen, fertig zum Gebrauch, mit Feils, pro Stück **4,50** unter fünfjähriger Garantie. Besteller verpflichtet sich, den Betrag binnen 30 Tagen ein- oder Banko. Mehr als ein Stück versenden wir nur unter Nachnahme, u. portofrei versenden wir unsern Hauptpreiskatalog, neueste Ausgabe mit 72 2000



**Umsonst**

Abbildungen über Stahlwaren, Lederwaren, Gold- und Silberwaren, Messer, Sensen, Haushaltartikel sowie viele Neuheiten.

**Gebr. Wolfartz, Stahlwarenfabrik und Versandgeschäft, Wald b. Solingen No. 87**

**Fettwaren,**

alle Sorten, gut und billig, kauft man in Hamburg bei dem Verbandskollegen

**Joseph Michnauer,** Hamburg, Niedernstr. 55, Keller.

**Filiale Berlin.**

Dem Verbandskollegen

**Adolf Rössing**

zu seiner Silberhochzeit am 15. Juni nachträglich die herzlichsten Glückwünsche Die Kollegen der Sektion III (Wasserwerke).

**Filiale Magdeburg**

Unserem langjährigen Verbandskollegen

**Wilhelm Grämer und Frau**

zu ihrer am 20. Juni 1905 stattfindenden **silbernen Hochzeit** die herzlichsten Glückwünsche.

Der Vorstand.

Unserem Arbeitskollegen **Wilhelm Grämer und Frau**

die herzlichsten Glückwünsche zu ihrer am 20. Juni stattfindenden silbernen Hochzeit. Die Kollegen der städtischen Gasanstalt.

Unseren treuen Verbandskollegen

**Johann Krindl** (23. Juni) und **Josef Pürzer** (3. Juli) zur Silberhochzeit die herzlichsten Glückwünsche.

München, Sektion Gaswerk Thalfirchnerstraße.

